

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Zwischen zwei Systemen

Öffentliche Krisentagung des AfA-Bundesausschusses

Am Hauptproblem vorbei

Berlin, 22. März 1932.

„Es kommt darauf an, die Zeit und den Raum zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu gestalten, dieser Uebergangszeit, in der der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft versagt, aber die sozialistische Planwirtschaft noch nicht wirken kann, den Weg zu weisen“ — mit diesen Worten kennzeichnet der AfA-Bund Zweck und Ziel des von ihm in seiner öffentlichen Bundesausschusssitzung heute in Berlin entwickelten Wirtschaftsprogramms. Aufhäuser, der die Verhandlungen nach einer Ehrung des verstorbenen Umbreit einleitete, hat diese Sätze noch dahin erläutert, daß auf dem Boden des kapitalistischen Systems eine Lösung der Krise nicht möglich sei und daß darum auch allen Arbeitsbeschaffungsplänen Grenzen gezogen

sind, solange nicht zugleich eine organisatorische Umbildung der bestehenden Wirtschaftsform erfolge. Auf den gleichen Ton waren auch die Ausführungen von Suhr abgestimmt, der die vorsichtig als „Richtlinien“ bezeichneten wirtschaftsprogrammatischen Forderungen des AfA-Bundesausschusses näher erläuterte. Suhr bezeichnete den gegenwärtigen Zeitabschnitt unter Anlehnung an Marx sogar als eine

„Epoche der sozialen Revolution“

und meinte, die Arbeiterschaft müsse in der Krise die Hände in der Schoß legen, die nur allzu sehr ins Schwarze treffende Feststellung, daß die Schwierigkeiten des fällig gewordenen Umbaus in demselben Maße wachsen, als man damit warte.

Es ist diesen Feststellungen wenig hinzuzufügen. Die Frage ist nur, ob die Freien Gewerkschaften selber deren Bedeutung in ihrem ganzen Umfang und mit allen ihren Konsequenzen begreifen. Viel zu viel Zeit haben die Gewerkschaften bisher schon ungenutzt verstreichen lassen. Allzulange hat es gedauert, ehe sie begriffen haben, daß diese Krise keine Vergleiche mit früheren mehr zuläßt, und daß darum auch die Gewerkschaften vor völlig andersartige Aufgaben gestellt sind. Die Kundgebung des AfA-Bundes ist zweifellos ein Ausdruck des Willens, das Versäumte nachzuholen und wenigstens den Versuch zu einer Absteckung der Wege zu machen, auf denen der Umbau im Sinne einer Planwirtschaft erreicht werden soll. Es muß aber sofort gesagt werden, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen

alles andere als ein Meisterwerk der Klarheit

sind. Zwar ist ihnen der Charakter eines Planes nicht abzuspüren, aber wie Suhr sehr richtig bemerkte, ist ja die entscheidende Frage nicht dessen Durchführung selbst, als vielmehr: wer führt ihn durch? So sind die „Durchleuchtung der Wirtschaft“, die „Kreditkontrolle“, ja sogar das ebenfalls ins Auge gefaßte „Außenhandelsmonopol“ zumindest Forderungen, die sehr wohl auch im

Interesse der kapitalistischen Wirtschaft selber als geboten erscheinen können, und deren Erfüllung allein die Arbeiterklasse noch um keinen Deut vorwärtsbringt. Andererseits ist der ebenfalls geforderte „systematische Ausbau des öffentlichen Besitzes an Produktionsmitteln“ in einer Zeit, da ein kommunaler Wirtschaftsbetrieb nach dem anderen im Magen des Privatkapitals verschwindet, und da die Gemeinden von Reichs wegen systematisch finanziell ausgehungert werden, nicht mehr als ein frommer Wunsch.

Ist aber die Arbeiterklasse einmal imstande, dieses ganze Hauptstellwerk, als das Suhr die zu schaffende Planstelle bezeichnet hat, in ihre Hände zu bringen — und zwei Klassen zugleich können es nie und nimmer bedienen — dann will uns scheinen, daß die Arbeiterschaft bereits zur entscheidenden Macht im Staate geworden sein muß. Mit anderen Worten: der vom AfA-Bund ausgearbeitete Plan ist gar kein Uebergangsplan, sondern bestenfalls ein Wegweiser für das, was nach dem ersten erfolgreichen revolutionären Akt durch das Proletariat zu geschehen hat.

Ist dem aber so, dann ist die entscheidende Frage: wie kann die Arbeiterschaft sich in den Besitz der politischen Macht setzen und wie fördern die Gewerkschaften am besten diesen Prozeß. Hierauf hat auf dieser Tagung niemand eine Antwort gegeben. Aeger noch: diese Frage ist nicht einmal gestellt worden. Und doch hätten die Gewerkschaften und insbesondere der AfA-Bund hierzu einen sehr wichtigen Beitrag zu liefern. Noch immer rekrutieren sie das große Heer der zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangten Arbeiter und Angestellten. Ein Appell an deren Kraft ist

auch noch immer das, was die Kapitalistenklasse am meisten fürchtet. Und hiervon ist bisher noch nirgends die Rede gewesen. Nirgends sind die Krisenforderungen in Massenversammlungen zur Diskussion gestellt. Soweit die Gewerkschaften größere Aktivität entfaltet haben, geschah es sogar — wie bei den Präsidentenwahlen — nicht nur unter Hintansetzung des Klasseninteresses, sondern sogar unter offenkundiger Preisgabe des einzigen Gutes, das die Voraussetzungen für den vom AfA-Bund als notwendig beschriebenen Umbau erfüllen kann, der Solidarität mit der Arbeiterklasse.

Aufhäuser hat sich darüber mit der Hoffnung hinweg getröstet, daß sich das „Bild der Fronten“ sehr rasch ändern werde, aber das Tempo dieser Aenderung ist von größter Wichtigkeit und hier hat wie der ADGB, so auch der AfA-Bund sträflich gefehlt und ist sogar entschlossen, diesen Fehlschritt fortzusetzen.

Uebrigens hat Aufhäuser einen schwachen Versuch gemacht, den von uns festgestellten Gegensatz zwischen ADGB und AfA-Bund in der Frage der Arbeitsbeschaffung zu bestreiten. Sehr überzeugend klang dies freilich nicht. Die Tatsache selbst ist ja auch viel zu offenkundig.

Tschiangkaischek triumphiert über Feng

Der chinesische Innenminister, General Feng, hat der Nanking-Regierung am Sonnabend sein Rücktrittsgesuch übergeben. Das Gesuch wurde genehmigt. Der Grund des Rücktritts liegt in schweren Meinungsverschiedenheiten mit Marschall Tschiangkaischek.

Zahlungseinstellung bei Junkers

Die Junkerswerke haben, wie sie offiziell mitteilen, gerichtliches Vergleichsverfahren beantragt und „im Verfolg dieser Maßnahmen“ die Zahlungen eingestellt.

In der Erklärung wird zwar beruhigend betont, daß keine Ueberschuldung vorliege, daß eine „starke Aktivität des Gesamtstatus“ herrsche, daß „Umsatz- und Auftragsbestand bei den einzelnen Werken nicht ungünstig“ sind — aber all diese Abmilderungen ändern nichts an der Tatsache, daß

die Junkerswerke illiquid

sind.

Den letzten Anstoß zu dem finanziellen Zusammenbruch hat die Pleite der Borsig-Werke in Berlin gegeben, die als einer der Hauptgläubiger der Junkerswerke figurieren. Die liquiden Mittel reichten zur Einlösung der bis 1934 laufenden Akzepte nicht aus, trotzdem des Reich wiederholt zusammen mit 800 000 M. eingesprungen war. Zur Sanierung aber sind nach den Gutachten der vom Reichsverkehrsministerium bestellten Prüfer

3 bis 6 Millionen Mark

erforderlich. Nachdem das Reich die Pleite der Junkerswerke in Rußland schon mit mehreren Millionen büßen mußte, scheint jetzt doch eine leise Scheu zu bestehen, weitere Steuergelder ohne Sicherheiten zu vergeben.

Trotzdem dürfte schon aus „nationalen“ Gründen — eine staatliche Subvention nach einer Akkordierung nicht fehlen; Deutschlands Zukunft liegt ja bekanntlich, nachdem das Medium der wilhelminischen Politik sich als balkenlos erwiesen hat, in der Luft. Ob sie auf die Dauer sich als tragfähiger erweisen wird, bleibt dahingestellt.

Im übrigen ist der finanzielle Zusammenbruch der Junkerswerke, die zu den „nationalen deutschen Belangen“ gehörten, nur ein weiteres Symptom in der großen Kette falscher Wirtschaftspolitik, die sich, was sich gerade in diesem Fall erweist, von der Gesamtpolitik, vor allem der deutschen Außenpolitik nicht trennen läßt.

184 Todesopfer

TU. New York, 22. März 1932

Der schwere Wirbelsturm, der gewaltige Verwirrungen angerichtet hat, bewegt sich jetzt in Richtung Carolina. Die Gesamtzahl der Toten in Alabama, Georgia, Tennessee und Carolina ist auf 184 angestiegen. In Indiana und Ohio haben Schneestürme großen Schaden angerichtet. (Siehe auch die Meldung in der heutigen Beilage.)

Poincaré im Sterben?

Der Gesundheitszustand Poincarés

TU. Paris, 22. März 1932.

Die Polizeipräfektur von Bar-le-Duc demontiert die in den heutigen Vormittagsstunden, besonders im Ausland, verbreitete Nachricht, daß der ehemalige Ministerpräsident und Präsident der Republik, Poincaré, gestorben sei. Wie wir ergänzend erfahren, scheint in dem Befinden Poincarés eine Verschlechterung eingetreten zu sein. Nähere Nachrichten liegen zur Stunde noch nicht vor.

Einigung in der Bierpreisfrage

Berlin, 22. März 1932.

Nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen dem Reichspreiskommissar einerseits und den Brauereien und Gastwirten andererseits ist es am Dienstag zu einer Einigung über die Frage der Bierpreissenkung gekommen. Die Brauereien senken den Bierpreis um 2,25 Mark und die Gastwirte den Ausschankpreis um die gleiche Summe je Hektoliter. Die Preissenkung tritt bei den Brauereien sofort in Kraft, bei den Gastwirten am Sonnabend. Die Senkung beträgt einschließlich der Biersteuersenkung in Höhe von 7 Mark insgesamt 11,50 Mark je Hektoliter.

Trotzki, der Heimatlose

Prag, 22. März 1932

Blättermeldungen zufolge wurde das Ersuchen Trotzki's um Einreisebewilligung in die Tschechoslowakei abgewiesen, da die türkische Regierung die Garantie für die ungehinderte Rückreise Trotzki's nach der Türkei nicht übernommen hat.

Trotzki in Lebensgefahr

Konstantinopel, 22. März 1932

Ein Motorboot, in dem sich Trotzki in Begleitung zweier Bekannten befand, wurde von einem plötzlichen Windstoß auf die Felsen des unbewohnten Hürdeinselchens geworfen, und, da der Motor versagte, mußten die drei Personen die Nacht auf dem Felsen zubringen. Sie wurden am anderen Tag von einem Fischerboot aufgenommen.

Proportionalwahlrecht in Spanien

Madrid, 19. März 1932

Dem Wahlgesetzentwurf, der jetzt in der Ausschusssitzung vorliegt, liegt das Verhältniswahlrecht zugrunde. Jeder Kandidat muß, um gewählt zu werden, wenigstens 20 000 Stimmen auf sich vereinigen. Frauen sind wählbar und wahlberechtigt.

SPD sieht ihre Preußenniederlage voraus

Witten, 22. März 1932

Der Präsident des Preussischen Landtags, Wittmaack, erklärte auf dem Sozialdemokratischen Bezirksparteitag, der kommende preussische Landtag werde voraussichtlich eine regierende Mehrheit der Opposition aufweisen, die er positiver Arbeit nicht für fähig halte.

Die SPD rechnet also selbst mit einer schweren Niederlage in Preußen. Es gilt, die äußerste Kraft anzuspannen, die abwandernden SPD-Wähler vor Indifferenz und Zustrom ins Nazi-Lager zu retten, indem sie für eine fruchtbare revolutionäre Politik, für die Sozialistische Arbeiterpartei gewonnen werden.

Goebbels berichtigt

Wir brachten am 16. März eine Meldung, daß Goebbels die Reichskanzlei telephonisch von einem geplanten Attentat auf Brüning benachrichtigt habe. Zu dieser Meldung schickt uns Goebbels folgende Berichtigung:

„Unwahr ist, daß ich am Sonntag, den 13. März 1932, abends, den Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder angerufen hätte.

Unwahr ist ferner, daß ich dem Herrn Staatssekretär Dr. Pünder mitgeteilt hätte, die Attentäter wären in Kreisen, die sich von der Nationalsozialistischen Partei abgesplittert hätten, zu suchen.

Wahr ist vielmehr, daß ich am Wahlsonntag gegen Mittag die Nachricht erhielt, es sei von Kreisen, die mir unbekannt sind, ein Revolverschlag auf den Reichskanzler geplant.

Wahr ist, daß ich weder die Zeit, noch die Verpflichtung hatte, dieser Mitteilung nachzugehen, und daß ich mich deshalb in Begleitung des Grafen Helldorf sofort in die Reichskanzlei begeben und dort dem Herrn Staatssekretär Dr. Pünder von der mir zugekommenen Nachricht Mitteilung gemacht habe.

Wahr ist ferner, daß mir Herr Staatssekretär Dr. Pünder seinen herzlichsten Dank aussprach.

Wahr ist schließlich, daß Herr Staatssekretär Pünder später an mich einen Brief richtete, in dem er das Vorgehen der Presse bedauerte, mein Verhalten als sehr loyal bezeichnete und betonte, daß die Indiskretion, die in der Presse ihren Niederschlag gefunden hat, nicht von ihm stamme.

Dr. Goebbels“.

Herr Goebbels hat also nicht telephonisch, sondern höchst persönlich die Tartarennachricht in die Reichskanzlei gebracht. Was „berichtigt“ er nun eigentlich? Es gibt halt eben Menschen, die von sich reden machen müssen, sonst sind sie nicht glücklich.

Volksentscheid in Sachsen

Dresden, 22. März 1932

Der Volksentscheid über das von der Bezirksleitung Sachsen der KPD beantragte Volksbegehren auf Landtagsauflösung ist vom Gesamtministerium auf den 17. April festgesetzt worden.

Giftiges Eis

Sieben Kinder vergiftet

Auf der ehemaligen Domäne Marienthal bei Artlenburg, die jetzt Siedlungszwecken dient, hat der frühere Domänenpächter verendetes Vieh oberflächlich in einer Grube eingegraben, anstatt es vorschriftsmäßig in der Abdeckerei abzuliefern. In der Grube hatte sich Wasser angesammelt, das bei der Kälte der letzten Nächte gefroren war. Die Kinder des Siedlers Kiehn hatten die dünne Eisdecke eingeschlagen und von dem Eis gegessen. Alle sieben Kinder erkrankten unter schweren Vergiftungserscheinungen. Sie wurden in das hiesige Krankenhaus eingeliefert, wo eines der Kinder bereits gestorben ist.

Schreckbombe gegen Englands ägyptischen Strohmännchen

TU. Kairo, 21. März 1932

Auf den ägyptischen Ministerpräsidenten Sidky Pascha wurde ein Anschlag verübt. Eine Bombe explodierte auf einer Straße, kurz bevor der Wagen des Ministerpräsidenten, der an einem Festessen im Zafaran-Palast teilgenommen hatte, an der Stelle vorüberfuhr. Es wurde kein Schaden angerichtet. Es ist bemerkenswert, daß am Sonnabend ein Prozeß gegen 17 Personen eröffnet wurde, die wegen Bombenanschlägen vor Gericht stehen. (Kein Schaden angerichtet? Also kann es sich nur um eine Demonstration handeln. Red.)

Professor Dehio gestorben. Am Sonnabend früh starb Professor Dr. Dehio, der Nestor der deutschen Kunstgeschichte.

Verbreiter der Einheitsfront

KPD zerschlägt die IAH

Die „überparteiliche“ IAH als Filiale der KPD-Bürokraten — Alle Funktionäre, die KPD-Linie nicht mitmachen, werden ausgeschlossen

Es gibt bekanntlich eine ganze Reihe von Organisationen, von denen die KPD-Bürokratie behauptet, daß sie überparteilich sind. Zu diesen Organisationen gehört die Internationale Arbeiter-Hilfe.

In ihr sind tatsächlich Mitglieder der verschiedensten parteipolitischen Richtungen und Parteilose organisiert. In diesem Sinne ist die IAH also tatsächlich überparteilich. Aber eine solche Ueberparteilichkeit ist eine nur rein formale, doch noch lange keine tatsächliche. Von einer wirklichen Ueberparteilichkeit kann nur dann die Rede sein, wenn die IAH unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung, unabhängig von allen parteipolitischen Richtlinien arbeitet. Das aber scheint nicht mehr der Fall zu sein.

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß das Reichsleitungsmitglied der IAH, Walther Ehrmann, in der Charlottenburger Ortsgruppe Cassirer, über das Thema: „Wie schlagen wir den Faschismus?“ referierte. Da es sich bei dieser Veranstaltung um eine öffentliche Werbeversammlung der IAH handelte, besuchte sie auch unser Genosse Ziege und sprach dort in der Diskussion.

Er forderte, daß die IAH in ihrer Eigenschaft als überparteiliche Organisation an die in Charlottenburg existierenden proletarischen Partei- und anderen Massenorganisationen herantreten sollte, um mit diesen

eine gemeinsame antifaschistische Kundgebung zu veranstalten.

Genosse Ziege verdrichtete seine Ausführungen zu einem Antrag

und setzte dessen einstimmige Annahme ohne jede Stimmhaltung durch.

Dies muß wegen der sich daraus entwickelnden Folgen betont werden.

Entsprechend dem Beschluß der Versammlung, wurde eine Kommission von drei IAH-Mitgliedern mit der Vorbereitung der beschlossenen Kundgebung betraut. Zu der angesetzten Kommissionsbesprechung erschien nur der Genosse Walther Ehrmann und die Vorsitzende der Ortsgruppe Cassirer, die Genossin Gertrud Seurig. Der ebenfalls der Kommission angehörende politische Instrukteur erschien nicht.

Dafür wurde dann in einer plötzlich einberufenen Mitgliederversammlung unter dem Druck eines BL-Vertreters der gefaßte Beschluß wieder umgestoßen.

Damit war die Einheitsfrontaktion erledigt, aber die Bürokratie der IAH gab sich mit diesem „Erfolg“ noch nicht zufrieden, sondern ließ in einer Moabiter Funktionäerversammlung durch einen ihr hörigen Funktionär

einen Ausschlußantrag gegen den Genossen Ehrmann einbringen mit

der Begründung, daß er gegen die Richtlinien

der roten Einheitsfronttaktik verstoßen habe.

Dieser Ausschluß mit der Begründung, daß „gegen die Richtlinien der roten Einheitsfronttaktik“ verstoßen wurde, beweist,

daß die IAH nichts weiter ist als eine Filiale der KPD-Bürokratie.

Denn die heute geltenden Richtlinien für die rote Einheitsfront sind nichts anderes als die parteipolitischen Richtlinien der KPD. Wenn die Bürokratie der IAH aber glaubt, daß sie durch die Uebernahme parteipolitischer Richtlinien der Entwicklung der IAH dient, so irrt sie sich gewaltig. Derartige Methoden können und werden nur zur Zerschlagung und letzten Endes zur Vernichtung der IAH führen. Dagegen muß im Interesse des gesamten Proletariats schärfster Protest erhoben werden.

Wir appellieren daher an alle Genossinnen und Genossen, welche die Notwendigkeit der IAH und ihrer Existenz auf überparteilicher Basis erkannt haben, daß sie den Kampf gegen die Vernichtung der IAH aufnehmen. Das kann nur im schärfsten Kampf gegen die augenblicklich herrschende IAH-Bürokratie geschehen.

Das gärende Spanien

Noch scheinen die revolutionären Triebkräfte in Spanien nicht völlig unterdrückt, noch triumphiert anscheinend „Ruhe und Ordnung“ in der spanischen „Arbeiterrepublik“ nicht vollständig. Jedenfalls liegen wieder einige Meldungen von Unruhen vor, aus denen sich bei ihrer Herkunft aus trüber bürgerlicher Quelle freilich nicht erkennen läßt, ob es sich hier um mehr als um unorganisierte Revolten handelt.

Blutige Zusammenstöße bei Sevilla

WTB. Paris, 22. März 1932

Die Bewohner der Ortschaft Umbrete bei Sevilla lieferten sich heute mit Gewehren, Messern, Säbeln und anderen Waffen eine regelrechte Schlacht. Der republikanische Bürgermeister wollte den sozialistischen Friedensrichter verhaften lassen, der seinerseits einen Haftbefehl gegen den Bürgermeister erließ. Ein Teil der Dorfbewohner ergriff für den Bürgermeister, der andere für den Friedensrichter Partei. Bei dem Gemenge wurden vier Personen schwer verletzt. Verschiedene Teilnehmer sind verhaftet worden.

Noch tragischer war der Ausgang von politischen Zusammenstößen in Lora del Rio bei Sevilla, wobei zwei Personen getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Nach einer Havasmeldung aus Barcelona

Schurkerei der „Roten Fahne“

Tiefer geht's nicht mehr

Die „Rote Fahne“ ist entrüstet. Wir brachten kürzlich eine Betrachtung über die Niederlage der KPD-Strategie bei der Reichspräsidentenwahl. Wir zitierten dabei jenes bornierte Rundschreiben an die KPD-Funktionäre, in dem die SAP der „Vortrupp der konterrevolutionären Bourgeoisie“ genannt und ihre schärfste Bekämpfung gefordert wird, obgleich die SAP sich für Thälmann eingesetzt hat. Die „Rote Fahne“ schäumt Wut. Nach ihr sind nur die „unteren Organisationen“ der KPD an der Pleite schuld. Wer die verbrecherisch dumme Politik der KPD-Zentrale festmagelt, statt auf den „unteren Organisationen“ der KPD herumzuhauen, der ist ein Konterrevolutionär. Wir begreifen die Wut der „Roten Fahne“. Auf den Kern unseres Artikels geht sie daher überhaupt nicht ein. Sie schreit nach alter, guter Sitte: „Haltet den Dieb!“

Wir hatten festgestellt, daß eine solche verbohrte, das Proletariat so schwer in seinem Vormarsch hemmende Politik kaum noch aus bloßen Denkfehlern zu erklären ist, und hatten dabei jene bekannte Stelle aus der „Arbeiterpolitik“, der Zeitung der KPD, vom 9. August 1931 zitiert:

„Uns fällt es schwer zu glauben, daß nur Unfähigkeit und keine anderen Motive diese politische Linie bestimmen. Vielleicht wer-

den später einmal unter der proletarischen Diktatur die Polizeikräfte Auskunft geben können.“

Vom Kern der Sache völlig schweigend, stürzt sich die „Rote Fahne“ auf dieses Zitat. Warum sozial Entrüstung? Dieser Tage erst stellte die kommunistische Presse fest, daß in Frechen bei Köln ein wilder, hundertprozentiger Linienmann als Polizeispitzel entlarvt werden mußte. Die „Humanität“ berichtete gleich von zwei Fällen derselben Art in der kommunistischen Partei Frankreichs. Also zur Entrüstung liegt gar kein Grund vor.

Mit ihrer Entrüstung, die vom Kern der Sache ablenken soll, verbindet aber die „Rote Fahne“ eine wilde Bedrohung gegen unseren Genossen Jakob Walcher, den sie als Urheber der seinerzeitigen Notiz in der „Arpo“ und ihrer Zitierung in der „SAZ“ bezeichnet. Zunächst ist beides unwahr. Wir haben festgestellt, daß die Äußerung in der „Arpo“ nicht von Jakob Walcher stammt, sondern von einem Genossen der heutigen KPD-Mehrheit. Wenn aber die „Rote Fahne“ ihren hysterischen Artikel mit diesen Worten schließt:

„Wir geben diesen Burschen der öffentlichen Verachtung der gesamten Berliner Arbeiterschaft preis! Leider haben wir noch nicht die proletarische Diktatur...“ so gibt es überhaupt keine Worte, die scharf genug wären, eine solche Gesinnung zu kennzeichnen. Sie gibt ein gutes Bild, wie der Bursche, der das geschrieben hat, sich die pro-

letarische Diktatur vorstellt. Die revolutionären Proleten, die kommunistischen nicht minder als die der Sozialistischen Arbeiterpartei, sehen in der proletarischen Diktatur andere Aufgaben als die, einen Mann zu bedrohen, der eine von den Kommunisten selbst in tausend Einzelfällen bestätigte Wahrheit ausspricht, selbst dann, wenn sie der KPD-Bürokratie bitter unangenehm ist.

Generalstreik in Orense

WTB. Madrid, 22. März 1932

Wegen der Einstellung der Bauarbeiten an der Eisenbahnstrecke Zamora-La Coruna, die über Orense gehen sollte, ist heute in Orense der Generalstreik ausgerufen worden. Der Bürgermeister und der gesamte Magistrat haben ihre Ämter niedergelegt. Die Geschäfte sind geschlossen. Die Stadt wird militärisch bewacht. Bisher sind keine Zwischenfälle gemeldet worden.

Attentat auf Gewerkschaftssekretär

Paris, 22. März 1932

Havas meldet aus Madrid, daß auf den Sekretär einer Arbeitergewerkschaft heute nachmittag auf offener Straße ein Anschlag verübt wurde. Der Täter, den man für einen Kommunisten hält und der entkommen konnte, feuerte auf den Sekretär aus nächster Nähe zwei Revolvergeschüsse ab, die das Opfer schwer verletzten.

Diplomatische Beruhigungsspielen Japans

Keinerlei böse Absichten gegen Rußland

Moskau, 22. März 1932

Zur Frage des Portsmouther Vertrages gab der hiesige japanische Botschafter Hirota im Auftrage seiner Regierung dem stellvertretenden Volkskommissar des Äußeren Karachan am 5. d. M. und am 19. d. M. Erklärungen ab, in denen es u. a. heißt:

Japan verfolgt auf der Ostchinesebahn keinerlei strategische Ziele (!) und hat darum auch nicht die Absicht, dort Truppen zu belassen. Mit der Konzentration japanischer Truppen an der koreanischen Sowjetgrenze verbindet die japanische Regierung keinerlei das Sowjetgebiet bedrohenden Ziele. In diesem Rayon ist nur ein Grenzschutz vorhanden, und seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion hat Japan die Truppenzahl an der Sowjetgrenze nicht verstärkt.

Botschafter Hirota ersuchte die russische Regierung um eine Erklärung der Konzentration von Sowjettruppen an der koreanischen Grenze und der dort erfolgten Einrichtung eines Flugplatzes. Volkskommissar Karachan erwiderte, daß diese der japanischen Regierung zugegangenen Nachrichten der Grundlage entbehren, da keinerlei Konzentrierung von Sowjettruppen an der koreanischen Sowjetgrenze stattfindet und auch nicht beabsichtigt sei, ebenso wie keinerlei Kriegsmaßnahmen beabsichtigt seien, die dem Portsmouther Vertrag widersprechen. Die Sowjetregierung, die eine konsequente Friedenspolitik betreibt, beachte streng den Portsmouther Vertrag. Sie hoffe, daß die japanische Regierung und ihre Vertreter in der Mandschurei ebenfalls die Verpflichtungen, die sich für Japan aus dem Portsmouther Verträge ergäben, beobachten.

Der Reichslandbund erklärt sich auch für den zweiten Wahlgang gegen Hindenburg und fügt hinzu: „In der Stimmabgabe für Hitler, der als einer der bisherigen Kandidaten der nationalen Bewegung seine Kandidatur in der zweiten Wahl aufrecht erhält, sieht der Reichslandbund eine starke kämpferische Kundgebung.“

SA-Heime in Hagen geschlossen. Der Polizeipräsident hat auf Grund eines Ueberfalls von Nationalsozialisten auf einen Arbeiter sämtliche SA-Heime in Hagen bis auf weiteres geschlossen.

Der Diskontsatz der Bank von Italien ist mit Wirkung vom 21. März ab von sieben auf sechs Prozent herabgesetzt worden.

Antimilitarismus und Sozialdemokratie

Die Ugründe der Panzerkreuzer-Politik / Von Otto Jacobsen

I.

Der Einbruch der Revisionisten in die Vorkriegssozialdemokratie begann sehr früh, und von ihrer Seite wurde der Kampf um die Führung zielbewußt und zäh geführt. Daher konnte es kommen, daß es in der Öffentlichkeit so schien, als ob die Parteilinke führte und die Politik bestimmte, während faktisch schon längst die Revisionisten die politische Praxis der Partei bestimmten. Die Parteilinke unterschätzte aufs Größteste die politische Wirkung der Revisionisten innerhalb der Arbeiterbewegung. So der Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie Franz Mehring: „Unter solchen Umständen bietet der Revisionismus kein historisches Interesse, als allein die Frage, wie er in der deutschen Sozialdemokratie hat entstehen können. Diese Frage beantwortet sich durch die Überlastung der Partei mit praktischer Arbeit, die ihre Kraft in hohem Maße verzehrte, durch ihr schnelles Wachstum, daß ihr die verschiedensten Elemente aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung zuführte, durch die Bekehrung der bürgerlichen Intelligenz, die immer lange zu ringen hat, ehe ihr die sozialistische Denkweise in alle Hirnfasern übergegangen ist, genug aus einer Reihe von Umständen, die zeitweise den großen theoretischen Sinn verdunkeln haben, den einst Marx an den deutschen Arbeiter rühmte... Und mehr als eine Stimmung ist der Revisionismus in Deutschland niemals gewesen.“ Obleich Mehring eine Reihe von Ursachen erkannt hat, welche die Bedingungen der Entstehung und der Ausbreitung des Revisionismus erklären, zeigt er eine absolute Unterschätzung der revisionistischen Aktivität.

August Bebel bezeichnet auf dem Dresdener Parteitag im Jahre 1903 das Bestreben der Revisionisten als Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. Aber auch er unterschätzt die Wirksamkeit des Revisionismus, indem er glaubt, daß die Revisionisten in der Partei zwar Schaden anrichten könnten, aber keinen Erfolg haben würden.

Das Entscheidende für den Sieg der Revisionisten bedeutete

ihre Bündnis mit den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführer entdeckten im Revisionismus die theoretische Betätigung ihrer reformistischen Politik, und die Revisionisten hatten in den Gewerkschaften ihren größten Machtstützpunkt. Die Linke in der Partei hatte die politische Unterlassungssünde begangen, in den Gewerkschaften keine linken Fraktionen zu bilden; so daß ihnen diese Massenorganisationen des Proletariats entglitten und damit die Möglichkeit der Radikalisierung und Revolutionierung der Massen durch eigene Schuld eingeeengt war. So mußte denn, so sehr sich auch auf den verschiedenen Parteitagen Bebel, Rosa Luxemburg u. a. wehrten, aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-soziale Reformpartei werden.

Die hundertprozentige Festlegung der Partei und ihrer politischen Tätigkeit auf dem Boden des Gesetzes, die immerfort wiederholte Betonung: um keinen Preis den gesetzlichen Boden des monarchistisch-bürgerlichen Staates zu verlassen, machte dem Opportunismus, den die Revisionisten den Weg zur Macht frei.

Die Wehrfrage und — im Zusammenhang damit — die des antimilitaristischen Kampfes hat in der Diskussion der deutschen Sozialdemokratie einen breiten Raum eingenommen. Diese Probleme wurden immer als solche der grundsätzlichen Fragen sozialistischer Politik angesehen. Schon sehr früh (um 1890) machte sich auch in diesen Fragen der Einbruch der opportunistischen Richtung bemerkbar.

Die II. Internationale hat in der Frage des antimilitaristischen Kampfes, ebenso wie in der Frage des Verhaltens zum Ausbruch eines Krieges versagt. Sie lehnte klare Entscheidungen ab. Es fehlten deshalb vor allem verpflichtende Bindungen und Beschlüsse. Das führte zu dem Unvorbereitsein bei Ausbruch des Weltkrieges.

Der antimilitaristische Gedanke fand in den Massen der sozialdemokratischen Anhänger deshalb eine so intensive Zustimmung, weil der Klasseninstinkt und die Klassenkenntnis (diese mobilisiert durch eine marxistisch-sozialistische Agitation in Wort und Schrift) in der Weise im proletarischen Denken und Fühlen politisch wirksam wurde: daß der Militarismus als ein lebensnotwendiger Bestandteil des Kapitalismus und Imperialismus aufgefaßt wurde. Das stehende Heer wurde innen- und außenpolitisch als ein politisches

Instrument der herrschenden Klasse erkannt. Es wurde ferner erkannt, daß das stehende Heer die wichtigste Voraussetzung des Bestandes der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung bedeutete.

Doch an diesem entscheidenden Ansatzpunkt sozialistischer politischer Praxis zeigte sich, daß trotz der revolutionären Klassenkenntnis von der objektiven gesellschaftlichen Funktion des stehenden Heeres, die Sozialdemokratische Partei, weit davon entfernt war, diese grundsätzliche Erkenntnis in entsprechende politische Praxis umzusetzen: Es blieb bei rein parlamentarischen Aktionen: der Ablehnung von Militärkrediten und des Reichsbudgets überhaupt; bei der agitatorischen Anprangerung von Soldatenmißhandlungen als einem Auswuchs des Militarismus. Das geschah allerdings in der Absicht, das Klassenbewußtsein zu wecken und zu vertiefen. Doch selbst bei diesen bescheidenen parlamentarischen Aktionen antimilitaristischer Natur erlebt die Partei recht bald

Einbrüche durch die revisionistische Richtung:

Auer, Heine, Schippel u. a. Zu den wenigen konsequenten Antimilitaristen gehörte Karl Liebknecht. Er erkannte, daß man um der sozialistischen Ziele willen sich nicht unbeding und nur auf den Boden des Ge-

setzes stellen durfte. Obwohl Liebknecht geschichtlich recht behielt, siegte faktisch die revisionistisch-reformistische Richtung. Daß sich die deutsche Sozialdemokratie auch im antimilitaristischen Kampf in den Grenzen der Gesetzhilichkeit hielt, ist eine der Ursachen, warum 1914 die bürgerliche Politik über die sozialistische Bewegung den Sieg davontrug.

II.

Auf dem Hamburger Parteitag 1897 erklärte Schippel¹⁾: „Wir haben die Soldaten nicht bewilligt, aber sie sind nun einmal da. Für Milizanträge und Abschaffung aller stehenden Heere ist keine Mehrheit vorhanden und in absehbarer Zeit nicht zu schaffen. Das ist eine Tatsache, die uns sicherlich unangenehm ist, mit der wir aber rechnen müssen. Sollten wir nun, weil die bürgerlichen Parteien uns in dieser Beziehung nicht unseren Willen tun, die deutschen Arbeiter, gleichsam zur Strafe, vor die Gefahr stellen, daß sie mit ihrem Blut den Unverstand der Gegner einmal zu büßen haben? Das wäre widersinnig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse.“

Und weiter²⁾: „Gewiß, die heutige Regierung lebt vom Kriege, wir müssen immer mit der Möglichkeit eines Krieges rechnen. Ist man in einer solchen Lage, kann man die

¹⁾ Parteitagprotokoll 1897 S. 121/22.
²⁾ Parteitagprotokoll 1897 S. 137.

Kriege nicht verhindern, da kann man doch nicht unseren Soldaten schlechte Flinten und schlechte Kanonen geben (Gelächter und Zustimmung)... Wenn das militaristische System zu einem Kriege treibt, den wir nicht verhindern können, wenn wir eine Niederlage erleiden, und wenn dann das Blut der deutschen Arbeiterklasse doppelt geflossen ist, ich glaube, wir alle würden dann der Regierung den Vorwurf gemacht haben, daß sie nicht zur rechten Zeit eingegriffen hat.“

Die Ausführungen Schippels bedeuten eine glatte Kapitulation vor dem Militarismus und eine Anerkennung der bestehenden bürgerlichen Ordnung.

Mit keinem Gedanken berührt er die Frage der Aufgabe einer sozialistischen Politik — bei Ausbruch eines Krieges eine revolutionäre Tätigkeit zu entfalten, die zur schnellsten Beendigung des Krieges führt. Ganz abgesehen davon, daß Schippel sich dadurch auf den Standpunkt des „Verteidigungskrieges“ festlegt, muß es erschütternd wirken, zu sehen, wie er zwar die Schuld eines zukünftigen Krieges der Regierung und dem militaristischen System zuspricht, daraus aber die entgegengesetzten Folgerungen zieht: Wenn wir den Krieg nicht verhindern können, dann aber moderne kriegstechnische Ausrüstung der Soldaten!

(Weitere Artikel folgen.)

Tornado wütet In den amerikanischen Südoststaaten

New York, 22. März 1932

Wie aus Birmingham im Staate Alabama gemeldet wird, verwüstete ein Tornado große Strecken der Staaten Alabama und Mississippi. Besonders schwer wurden die Ortschaften Northport, Columbiana, Clanton, Linden, Demopolis, Faunsdale heimgesucht. Diese Ortschaften haben durchschnittlich 500 Einwohner. Sie liegen etwa 50 bis 100 Kilometer südlich von Birmingham. Northport hat 24 Tote und 100 Verwundete zu beklagen. Die ganze Ortschaft ist zerstört. Die Trümmer stehen in Flammen. In Columbiana wurden bisher 15 Tote und 75 Verwundete gezählt. 100 Gebäude sind eingestürzt. Clanton meldete bis jetzt zwei Tote und 100 zerstörte Häuser. Im ganzen wurden bis jetzt 100 Tote gemeldet. Der Schaden wird auf mindestens fünf Millionen Dollar geschätzt.



Bild von dem letzten Wirbelsturm in USA (Oklahoma)

Alarmzustand in Dartmoor

London, 22. März 1932.

In dem Gefängnis von Dartmoor kam es in der vergangenen Nacht zu neuen Unruhen. Das Gefängnis hallte wider von Schreien, Flüchen und Stempfen eines Teiles der Gefangenen. Drohungen wurden ausgestoßen, daß es heute zu einem neuen Aufbruch kommen würde. Alle Aufseher sind eingesetzt und ein Teil hält, mit Gewehren bewaffnet, Wache. Die Angehörigen des Beamtenpersonals haben Anweisung erhalten, ihre Wohnungen nicht zu verlassen.

Explosion im Wasserwerk

Jerusalem, 22. März 1932.

Bei einer Explosion in den Wasserwerken von Wadi Fawar, die Jerusalem mit Wasser versorgen, wurden drei arabische Arbeiter getötet.

Selbstmord eines Liebespaares

Eisleben, 22. März 1932.

In der Nähe von Neu-Helfta ließen sich nachts der 25jährige Molkereihilfe Brandt und die 18jährige Haustochter Schikora von einem Güterzuge überfahren. Beide waren sofort tot. Der Grund zur Tat dürfte in Liebeskummer zu suchen sein.

40 cm Schnee

Wie die Nordhausen-Wernigeröder Eisenbahngesellschaft mitteilt, kann der Zugverkehr auf der Brockenbahn, Drei Annen-Höhne-Schierke-Brocken, infolge zu hoher Schneelage noch nicht zu Ostern aufgenommen werden. Der Brocken hat zur Zeit noch 40 cm Schnee.

Militaristen

üben ihren Beruf aus

Eine bestialische Bluttat haben sich in Bukarest im Alkoholrausch zwei Offiziere zuschulden kommen lassen. Die Leutnants Paul und John Petreanu, zwei Brüder, hatten mit einigen Kameraden und Studenten in mehreren Wirtschaften bis zur Sperrstunde gezecht und waren dann in ihre Wohnung gegangen, um dort das Gelage fortzusetzen. Ihren Burschen, die sie in ein benachbartes Gasthaus schickten, um Getränke zu holen, wurde jedoch nichts mehr verabreicht.

Daraufhin gingen die beiden Offiziere selbst in die Gastwirtschaft. Als auch ihnen keine Getränke mehr verabfolgt wurden, stürzten sie sich auf die Kellner.

Im Laufe der Rauferei zogen die beiden Offiziere ihre Seitenwaffen und stachen blind darauf los. Erst als zwei Kellner zusammenbrachen, hielten sie inne. Einer der beiden Kellner lag tot in seinem Blute, der andere ist kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Die Stuttgarter

Falschmünzer-Affäre

Stuttgart, 22. März 1932

Zu der Falschmünzeraffäre wird weiter mitgeteilt, daß es sich bei dem Haupttäter um den Kaufmann Schreiter handelt, der mit zwei Lithographen, Vater und Sohn Eisele, sowie dem Arbeitslosen Langbein und zwei weiteren unbekanntem Leuten die Druckerei eröffnete. Seinem Vermieter hatte er erklärt, die neunzig Zentner schweren Maschinen für eine Forderung bei einer Maschinenfabrik übernommen zu haben. Seine Gläubiger vertröstete er mit der Bemerkung, er bekomme demnächst von einer Kusine aus Amerika 5000 Dollar, mit denen er alle seine Schulden bezahlen werde.

Insgesamt sind bisher acht Beteiligte verhaftet worden. Die Falschmünzer sollen dadurch entlarvt worden sein, daß ein früherer Arbeiter Schreiters, der von diesem noch Lohn zu fordern hatte, am Sonnabend in die Werkstatt kam. Er übersah sofort die Lage und benachrichtigte die Polizei, die dann das Nest aushob.

Das Go'dte'efon der Filmdiva

In London wurde dieser Tage auf einer großen Versteigerung ein seltsamer Gegenstand angeboten. Es handelt sich um einen Telephonapparat aus reinem Golde, den die amerikanische Filmschauspielerin Clara Bow einstmals von einem Verehrer aus dem amerikanischen Finanzkapitalismus zum Geschenk erhalten hatte. — Seit dem Aufkommen des Tonfilms hat Clara Bow keine allzu großen Chancen mehr in Hollywood. Dieser goldene Telephonapparat stellt nur einen Teil des märchenhaften Haushaltes der gefeierten Künstlerin dar, der sich jetzt allem Anscheine nach zu „versilbern“ scheint.

¹⁾ Franz Mehring: „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“.

Wahlkreis-Konferenz des Unterbezirks Köln

Die vom Bezirk Mittelrhein einberufene Wahlkreis-Konferenz der Unterbezirke Köln und Aachen hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Nach einem kurzen Referat des Genossen Maas über die politische Lage und die Aufgaben der SAP in den kommenden Wochen fand die Nominierung der Kandidaten für die Preußenwahl am 24. 4. 32 statt. Folgende Genossen werden zur Wahl vorgeschlagen:

1. Klaus Zweiling, Redakteur, Berlin
2. Klaus Amann, Gemeindearbeiter, Köln
3. Josef Gieren, Bergmann, Etschweiler
4. Henriette Ackermann, Buchhalterin, Köln
5. Josef Scheuren, Eisenbahnschaffner, Vochem bei Brühl
6. Johannes Gersbeck, Metallarbeiter, Menden bei Troisdorf
7. Andreas Fuchs, Bergarbeiter, Alsdorf
8. Karl Schäfer, Chemiarbeiter, Knapsack
9. Dr. Fritz Herkenrath, Volksschullehrer, Köln
10. Wilhelm Probst, Vertreter, Stolberg (Rhld.)
11. Oskar Maier, Metallarbeiter, Troisdorf bei Köln
12. August Stiglmayer, Straßenbahner, Köln
13. Friedr. Karl Nettekoven, Gärtner, Köln

Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß in dem kurzen großen Wahlkampf alles getan werden muß, um die Preußenwahl zu einem Erfolg für unsere Bewegung zu machen. Hierzu sind sämtliche verfügbaren Kräfte einzusetzen. Einstimmige Annahme fand ein Agitationsplan für die Zeit des Wahlkampfes, zu dessen Durchführung die einzelnen Ortsgruppen strikt verpflichtet werden. Zur finanziellen Sicherstellung der Wahlagitacion wird in den nächsten zwei Monaten von allen Mitgliedern ein gestaffelter Sonderbeitrag erhoben.

Köln

Der Deutsche Metallarbeiterverband fühlt sich bedroht. Ein Branchenvertreter, der der SAP angehört, hat es in der letzten Generalversammlung gewagt, einen Antrag selbständig einzubringen, der die Wahl von Versammlungs-Delegierten für die zahlreichen erwerbslosen Mitglieder verlangte. Die Bürokratie verstand es, diesen Antrag zu Fall zu bringen. Die Branchenleitung konstruierte aus der Ablehnung dieses Antrags eine „Herabsetzung des Branchenansehens“. Nicht etwa, um unsern Genossen zu unterstützen, sondern um einen „geeigneten“ Grund zu haben, den „Stänker“ los zu werden. Ohne die Vertrauensleute, die der SAP angehören, zu verständigen, wurde eine „Vertrauensmännersitzung“ einberufen, die einen anderen Genossen zum Versammlungsdelegierten vorschlugen sollten. In der Branchenversammlung operierte man demgemäß mit dem Erfolg, daß unser Genosse 22 und der andere Genosse 20 Stimmen erhielt. Die Branchenleitung münzte dieses Ergebnis gegen den stürmischen Protest der Versammlung in die gleiche Stimmenzahl um und erklärte damit unseren Genossen als nicht gewählt. Trotz sofortiger Wortmeldung zur Geschäftsordnung ging der Versammlungsleiter zur Tagesordnung über. Unser Genosse stellte unter Zustimmung des übergroßen Teils der Anwesenden die Schiebung der Verwaltungsbürokratie fest und kündigte weitere Schritte in dieser Angelegenheit an. Ein junger Kollege, der sich ebenfalls für unsern Genossen einsetzte und dieses schamlose Vorgehen gegen einen alten Gewerkschaftler auf das schärfste verurteilte, wurde von dem anwesenden Angestellten des Verbandes auf das gemeinste angefahren, mit dem Ergebnis, daß Mitglieder der Hammerschaften erklärten: Wie schlecht muß es mit der DMV-Bürokratie bestellt sein, wenn sie genötigt ist, so gegen ihre politischen Gegner vorzugehen. Wie eingangs gesagt, ist ein solches Vorgehen an der Tagesordnung bei den Kölner Gewerkschaftsarbeitern, aus fast allen Verbänden könnten wir ähnliches berichten. Wir haben uns in Köln eine solche Behandlung allzulange gefallen lassen, mit verstärkter Kraft gilt es, die klassenbewußten Elemente innerhalb der Gewerkschaften zu aktivieren. Noch ist den Gewerkschafts-Bürokraten nicht gelungen, aus klassenbewußten Arbeitern Heloten zu machen, unsere Arbeit wird ihre Erfolge zeigen.

Ratingen

In der Jahrgeneralversammlung des Mietervereins wurde der alte Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Ein paar Quersträger sammelten daraufhin Unterschriften und verlangten Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes. Der frühere Vorsitzende soll dem Geschäftsführer Kuck unter anderem vorgeworfen haben, er lasse sich außer seinem Gehalt 200 Mark monatlich bezahlen und nehme außerdem noch Geldgeschenke von den hilfesuchenden Mitgliedern an. Der 2. Vorsitzende, Herr Kubis, wird beschuldigt, einen Kranken Untermieter bei Wind und Wetter exmittiert zu haben. Und dem Schriftführer wird nachgesagt, er habe vor dem Mietschöffengericht als Zeuge eines Fabrikbesitzers bestätigt, daß einer von dessen Arbeitern seine eigene Wohnung durch eigene Schuld unglücklich verlor und wie lange will sich der Mieterverein noch einen solchen Vorstand gefallen lassen?

Die Betriebsratswahlen wurden laut Notverordnung um ein Jahr verschoben. Da der Betriebsrat auf der „Eisenhütte“ an seiner Spitze einen sachlich ungeeigneten RGO-Mann hatte, faßten die Mitglieder des DMV und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften den Be-

Sozialdemokratisches Arbeitslager

Zuckerbrot und . . . ?

Seit Mitte des vorigen Jahres wurde auch in Lübeck der Gedanke des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ eifrig diskutiert. Die proletarischen Jugendorganisationen, ebenso wie die freien Gewerkschaften, lehnten diese Machenschaft konsequent ab. Die „Spitzen“ aber verhandelten.

Und nun ist inzwischen der Arbeitsdienst eingeführt worden. Die ersten fünfzig Jugendlichen sind auf 20 Wochen in Brodten. Die Opposition in den Jugendorganisationen ist natürlich seit der Spaltung tot, aber doch gab es noch viele, die trotzdem die faschistische Arbeitsdienstidee weiterhin ablehnten. Und nun? Nichts mehr von ihnen zu hören. Angeblich sind die Erfahrungen des Brodteners Lagers so günstig, daß auch die bisherigen Gegner nun ein für allemal beruhigt sind.

Aber prüfen wir aufmerksam. Wie sieht es in Brodten aus? Der Dienst wird getragen von der Eju, der sozialdemokratischen Organisation der erwerbslosen Jugend, er steht unter der persönlichen Leitung des Vorsitzenden des Freien Jugendkartells (das übrigens die Aufnahme des Sozialistischen Jugend-Verbandes abgelehnt hat). Es wird sieben Stunden am Tag gearbeitet: Wogebau, Teichaushebungen usw. In diesen sieben Stunden ist die Kaffee- und Frühstückszeit eingerechnet. Nachmittags wird Sport betrieben, es wird gelesen oder sonst etwas, aber keine persönliche Freizeit. Das Essen ist nach dem, was uns von Genossen aus dem Lager mitgeteilt wird, ausgezeichnet. Wöchentlich gibt es drei Mark Taschengeld.

Man kann sagen, daß alle Lagerteilnehmer mit dem Dienst sehr zufrieden sind. Es hat sich neben vielen guten äußeren Dingen auch ein gutes Gemeinschaftsgefühl entwickelt. Und dennoch: wir lehnen den Dienst ab, wie wir ihn immer abgelehnt haben. Alles das, was sich hier in dem sozialdemokratischen Lager an An-

genehmen zeigt, sieht verdammt nach Zuckerbrot aus.

Wir sind grundsätzliche Gegner der Arbeitsdienstpflicht und ihres Vorläufers, des freiwilligen Arbeitsdienstes oder „Jugenddienstes“, wie man es in Lübeck so schön nennt (und es soll Zeiten gegeben haben, wo sich auch die Ollenhauer und Weber vom Hauptvorstand der SAJ grundsätzliche Gegner nannten). Wir wissen, daß man die Experimente des freiwilligen Dienstes macht, um für die Einführung der Dienstpflicht „Erfolge“ bei der Hand zu haben. Wenn man „Erfolge“ züchten will, darf man natürlich das Experiment nicht sauer machen.

Dahinter liegt die Peitsche. Heute freuen sich die fünfzig Jungproleten, daß sie zwanzig Wochen satt zu essen bekommen, daß sie bei Beginn des Lagers alle neue Manchesteranzüge bekamen. — Beginn der Uniformierung. Heute empfinden sie die Kleidung, Geschirr- und Fingernägellappelle als etwas ganz Amüsantes. Aber was steht morgen dahinter? Der Kasernenhofdrill der Dienstpflichtoffiziere.

Der Leiter des Brodteners Lagers ist wenigstens ehrlich: er teilt uns mit, daß er Anhänger der Arbeitsdienstpflicht sei (wohlgemerkt, er ist Sozialdemokrat!). Er sagte selbst, daß es sonst ja unsinnig sei, wenn er sich mit solcher Kraft für den freiwilligen Dienst einsetze.

Hier fanden wir es bestätigt: Der durch Brünnings Juninotverordnung — von der Sozialdemokratie tolerierte — freiwillige Arbeitsdienst ist die Vorstufe zur Dienstpflicht, nach der sich das nationalistische Gesindel schon so lange geseht hat. Weil wir das wissen, werden wir unsere Frontstellung nicht ändern, trotz — oder gerade wegen — der Zuckerbrotxperimente mit der Hilfe sozialdemokratischer „Machtpositionen“ und „Jugendführer“. Das ist unsere Lehre des Lübecker Arbeitslagers.

schluß, durch Rücktritt eine Neuwahl zu erzwingen. Die RGO reichte ebenfalls einen Wahlvorschlag ein mit den Kandidaten Caenen (bisheriger Betriebsratsvorsitzender), Schellhorn und Stephan. Aber am selben Tage erklärte Schellhorn noch schriftlich seinen Rücktritt von der RGO-Liste, die beiden anderen RGO-Kandidaten traten nach einer Sitzung, die vom Wahlvorstand einberufen worden war, ebenfalls zurück. Damit war die allein noch vorhandene Liste ordnungsgemäß und ohne besondere Wahlhandlung gewählt. Anstatt daß die „Freiheit“ die Esel der RGO-Leute einsah, begann sie mit einer wüsten Hetze gegen den DMV. Die Folge war, daß etwa 40 Mitglieder der Antifa den Genossen August Eller- mann überfielen und mißhandelten.

Lübeck

Die letzte Parteiversammlung beschäftigte sich mit der Programmdiskussion. Nach einem Ueberblick über die Entwürfe und über die Prinzipienklärung durch Genosse Frahm setzte eine rege Diskussion ein. Die Ortsgruppe steht geschlossen hinter dem Prinzipien-Entwurf des Parteivorstandes. Auch die tagespolitische Situation wurde gestreift. Auch in Lübeck bleibt die KP stur bei ihren

Fehlern, trotz der Wahlschlappe. Auf der andern Seite ist dort, wo wir gut Fuß gefaßt haben (Moisting!), eine hundertprozentige Steigerung der Thälmannstimmen erzielt.

Halle (Saale)

Der vorgerückte Termin für die Landtagswahlen machte es notwendig, den erst für April beabsichtigten Bezirksparteitag für den Bezirk Halle-Merseburg bereits jetzt abzuhalten. Mit wenigen Ausnahmen waren alle Ortsgruppen vertreten. Wie aus der Berichterstattung hervorging, befindet sich unsere Bewegung im Bezirk Halle-Merseburg in einer guten Vorwärtsentwicklung. Die große finanzielle Opferbereitschaft unserer Genossen ermöglichte es, in 30 Orten Stützpunkte zu schaffen. Für den Wahlkreisvorschlag zur Landtagswahl in Preußen wurden einstimmig die Genossen Dr. Agricola (Zeitz), Rosi Wolfstein (Berlin), Wille (Schkeuditz), Rölller (Kölbra) aufgestellt. Eine längere Debatte ergab sich bei der Beratung über die Verlegung des Bezirksleitungssitzes von Zeitz nach Halle. Da Zeitz zu sehr an der Peripherie des Bezirks liegt, wurde beschlossen, den Sitz der Bezirksleitung nach Halle zu ver-

Lübecker Ortskrankenkassen-Prozeß

Wir haben schon eine Einleitung zum Dreger-Prozeß gebracht, heute wollen wir das Ergebnis der neuntägigen Verhandlung zusammenfassen. Das Urteil wird erst am Donnerstag gesprochen.

Ein „Torus der Anklageschrift“ sei nur übriggeblieben, sagte der Rechtsanwalt Jakobsohn. Wir glaubten, nichts würde übrigbleiben. Das, was die Ortskrankenkassen-Leute fertig brachten, ist vom Standpunkt der bürgerlichen Welt nichts eigentlich Schlimmes. Darum nahmen wir an, der Staatsanwalt würde schon Freisprechung beantragen. Darin haben wir uns geirrt. Sogar der Staatsanwalt, der sich um so viel Verständnis für die Angeklagten bemühte, mußte in mehreren Punkten Verurteilung beantragen.

Zwölf Punkte standen in der Anklageschrift. In zwölf Fällen wurde den Mitgliedern des Krankenkassen-Vorstandes, teils insgesamt, teils einzeln, sowie Herrn Direktor Dreger der Tatbestand der Untreue zur Last gelegt. Vier Punkte blieben für die Strafanträge des Staatsanwalts übrig. Bleiben acht, in denen er den Tatbestand objektiv, nicht aber subjektiv erwiesen sah. In vier Punkten, die der Staatsanwalt — verständlicherweise — fallen ließ, setzt unsere proletarische Kritik ein: 1930, in einer Zeit der Not, wurde aus Anlaß eines Jubiläums zweier Vorstandsmitglieder ein Festessen gegeben, das vom Gericht als „schlicht“ anerkannt wurde, bei dem aber immerhin 300 Mark verfrachten und versoffen wurden (wohlgemerkt, von den Geldern der „sozialen Krankenkasse“). Außerdem erhielten die beiden Jubilare Geschenke im Betrage von 198 Mark. Arbeiter, die am Freitag mit 20 Mark aus dem Betrieb kommen, oder Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die acht bis zehn Mark erhalten, haben allerdings wenig Verständnis für einen solchen „Sozialismus“ von denjenigen Leuten, die ihnen sonst soviel von ihrem sozialdemokratischen Führerqualitäten erzählten.

Bei einer Studienreise nach Wien, für die „Genosse“ Dreger insgesamt 902 Mark verbrauchte, ging er um 295 Mark über die

Grenze der üblichen Tagegelder hinaus. Man stelle sich vor: ein Mann bekommt 18 Mark pro Tag und 8 Mark pro Nacht, und dann hat er noch nicht genug! Seine Vergnügungen im „schönen Wien“ mußten die Lübecker Proleten mit ihren Krankenkassenbeiträgen bezahlen. Ähnlich liegt es bei einer Reise nach Berlin, die Dreger gemeinsam mit dem Gewerkschaftssekretär Knapp unternahm, bei der die Tagegelder um acht Mark pro Tag überschritten wurden. So lebten sie, so lebten sie . . .

Auch in der Hypothekengebührenteiligkeit wurde Freisprechung beantragt. Dreger und Knapp haben ohne Ermächtigung des Vorstandes Darlehen in Höhe von 240 000 Mark gewährt. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß Dreger sich für seine Villa auch zwanzigtausend Mark bewilligte.

Nun die Fälle, in denen selbst der Staatsanwalt Verurteilung für unumgänglich erachtete: Der Vorstand bewilligte dem „Genossen“ Dreger zu seinem Höchstgehalt von 9100 Mark eine jährliche „Aufwandsentschädigung“ von 2900 Mark; macht 12 000 Mark jährlich, außerdem als nebenamtlicher Leiter 400 Mark „Entschädigung“ im Monat usw. Durch den Vorstand wurde einem leitenden Kassenbeamten eine satzungswidrige Funktionszulage bewilligt (was für schöne Namen für die Sachen). Der Staatsanwalt beantragte für den ersten Fall für alle Vorstandsmitglieder zwei Monate Gefängnis, für den zweiten Fall zwei Wochen Gefängnis, die beide für verwirkt zu erklären wären. An ihre Stelle sollen Geldstrafen — abgestuft nach dem Einkommen — von 60 bis 1000 Mark und im zweiten Fall von 15 bis 250 Mark treten.

Kommt der — vom Standpunkt des Staatsanwalts — schlimmste Fall: Dreger bewilligte sich aus reinem Eigennutz für sein altes Haus ein Darlehen von 5000 Mark für 5½ Prozent Zinsen, das er sonst mit 12 Prozent hätte verzinzen müssen. Er war ja an der Quelle. Sechs Monate Gefängnis werden für diesen Fall beantragt.

SAP Bezirk Weser-Ems

Bezirksfunktionär-Konferenz der preußischen Ortsvereine am kommenden Freitag (Karfreitag), 10 Uhr, bei Runkel, Rathenauhalle, Rathenaust. 122-125. Tagesordnung: Preußenwahl. Alle preußischen Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Die Bezirksleitung.

legen. Die neue Bezirksleitung setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Agricola (Zeitz), Heyen, Klemich, Schleiß, Reiwand, Sachs (Halle) und Landskron (Schkeuditz). Allseitig wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, unmittelbar nach den Wahlen in Verbindung mit Nachbarbezirken eine eigene Bezirkswochenzeitung als „Mitteldeutsches Kampfsignal“ herauszubringen. Zunächst sollen für die Herausgabe dieser Zeitung die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Mit der Festlegung des nächsten Bezirksparteitages, der bereits im Mai stattfinden soll, wurde die Tagung geschlossen.

Schkeuditz

In der Mitgliederversammlung schlossen sich die KPO-Genossen der SAP an. Unsere Ortsgruppe zählt jetzt über 50 Mitglieder und zeigt seit ihrer Gründung ein langsames, aber stetiges Wachsen. Durch den Uebertritt der KPO-Genossen erhält die SAP eine Vertretung im Stadtparlament.

Delitzsch

In einer gemeinsamen Mitgliederversammlung von SAP und KPO wurde die Verschmelzung beider Organisationen durchgeführt. Vom Parteivorstand war Genosse Rosenfeld zugegen. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht. Nach den Referaten der Genossen Rosenfeld und Heyen (Halle) kamen in der Diskussion nur Stimmen zum Ausdruck, die den Zusammenschluß beider Organisationen begrüßten. Durch die Vereinigung würde es möglich sein, bei den vielen abseits stehenden Arbeitern das Klassenbewußtsein wieder zu erwecken. Die SAP ist durch den Zusammenschluß in Delitzsch zur stärksten Arbeiterpartei am Orte geworden. Sie hat im Stadtparlament vier Stadtverordnetenmandate, beherrscht das Gewerkschaftskartell und die Genossenschaftsbewegung am Orte. Der Betriebsrat der Eisenbahnwerkstatt setzt sich nach der Verschmelzung in der Mehrheit aus SAP-Genossen und Sympathisierenden zusammen. Die Versammlung wählte einen arbeitsfähigen Vorstand und sandte die Genossen Baumgärtel und Gebhardt zum Bezirksparteitag.

Das Gewerkschaftskartell hatte gemeinsam mit KPO und SAP zu einer Trauerkundgebung an den Gräbern der Märzgefallenen aufgefordert. Genosse Rosenfeld (Berlin) hielt auf dem Friedhof eine eindrucksvolle Gedächtnisrede, nach welcher im Auftrage der drei Organisationen die Kranzniederlegung erfolgte. Die KPD hatte sich auch in diesem Jahre nicht entschließen können, diese Kundgebung gemeinsam durchzuführen. Sie richtete an die Delitzscher Arbeiterschaft die Aufforderung, eine Stunde früher zu einer eigenen KPD-Kundgebung an den Gräbern aufzumarschieren.

Die sozialdemokratischen Staats- und Wirtschaftsführer haben solche Machenschaften gelernt von den alten Bürgerlichen. Ein solcher Typ ist der zittige Geschäftsführer der konservativen „hübschen Anzeigen“, der im zwölften Punkte beschuldigt war, die Krankenkassengelder der Arbeiter und Angestellten seines Betriebes einfach nicht abgeführt zu haben. Das Gemeine ist, daß er auch den Arbeitnehmerteil, also das Geld, das er den Arbeitern schon vom Lohn abgezogen hatte, einbehielt. Aber er war ja stellvertretender Vorsitzender in der Kasse; was konnte da schon passieren? Nun hat es aber doch so nach Moder gerochen, daß man auch Herrn Rey erwischte. Drei Monate werden beantragt.

Das sind die Anklagepunkte, die der Staatsanwalt mit dem Vilmolis auf Dreger's „Machtaus“ noch mildern wollte. Dann gab aber auch er zu, daß „Unregelmäßigkeiten in großem Umfange vorgekommen sind“ und das sei „um so belastender, weil Dreger selbst aus dem Arbeiterstand stamme. Er habe das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht gerechtfertigt.“

Die Verteidiger Jakobsohn und Dr. Ende beantragten natürlich für alle Angeklagten Freisprechung und Uebernahme der Unkosten durch die Staatskasse (auch das Theater sollen die Proleten noch bezahlen.) Interessant war für uns nur noch einmal das Bekenntnis des einen Verteidigers: „es hat sich hier immer gezeigt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in guter Harmonie zusammen gestanden haben.“ Jawohl, wir haben gesehen, daß kein Unterschied mehr besteht zwischen den Gepflogenheiten der reformistischen und der bürgerlichen „Kapitäne der Wirtschaft.“

Falle das Urteil am Donnerstag aus, wie es wolle, das Proletariat hat seinen Spruch der Verurteilung seit anderthalb Jahren festgestellt. Seht sie Euch an; Alfred Dreger ist heute noch Mitglied der SPD.

Hier geht es uns nicht um Haß gegen Personen, hier geht es uns um den Kampf gegen die bürgerliche Verseuchung der reformistischen Führungsschicht und damit um die Reinheit der proletarischen Bewegung!

Plauen

Unmittelbar vor dem Osterfesten hatten die Kommunisten und die Nazis am Sonnabend noch Aufmärsche veranstaltet, die Kommunisten in einer Stärke von 300 Mann, die Nazis in einer Stärke von etwa 1500 Mann. Die Nazis hielten Ansprachen auf dem Altmarkt, die ganz auf Sieg im zweiten Wahlgang eingestellt waren. Narren hören nie auf, zu hoffen ...

Hitler spricht in Plauen. Adolf, der vorläufig noch verhinderte Reichspräsident, gedenkt am 3. April gleich viermal in Sachsen zu reden, und zwar in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen. So wenigstens wird's im „Vostländischen Anzeiger“ angekündigt. Dem berühmten Osterfesten sind sämtliche öffentlichen Veranstaltungen der SAP zum Opfer gefallen, für Adolf Hitler besteht der Osterfesten wahrscheinlich nicht.

Die Macht der Kirche. Am Palmsonntag wurden in den Plauer Kirchen 673 Schulentlassene konfirmiert. An der Jugendfeier des Deutschen Freidenkerverbandes in Plauen nahmen 115 Schulentlassene teil. Diese Zahlen zeigen, daß den Plauer Klassenbewußten Arbeitern noch viel zu tun übrig bleibt in punkto Lösung der Proletariat vom Einfluß der Kirche.

Theater und Wirklichkeit. Am Sonntag erlitt während der Aufführung der Operette „Die Dubarry“ der Inspektor für Oper und Operette, Andre, einen Herzschlag, dem er erlag. Für die beiden ersten Akte hatte er bereits seine Tätigkeit erfüllt, das Klingelzeichen für den dritten Akt hatte er auch schon gegeben, und das fröhliche Spiel des dritten Aktes hatte seinen Anfang genommen, als der Würger Tod den 69-jährigen ereilte. Die Theaterbesucher hatten von der Leiche hinter den Kulissen keine Ahnung, das Spiel wurde bis zum Ende durchgeführt ...

Mylau

Ausspruch eines Arbeiterführers. Im hiesigen Restaurant „Bleibe“, dem Stammsitz der Eisenfront, in dem kein Andersgesinnter ohne die Gefahr, angepöbelt zu werden, verkehren kann, tat unser „lieber Langer“, auch der „Staubsauer“ oder mit bürgerlichem Namen Erwin Hartsch, geheißen, nach der kerndeutschen Ansprache Hindenburgs im Rundfunk folgenden Ausspruch: „Genossen, ich sage euch — dieser Mann (Hindenburg!) ist gar nicht mit Geld zu bezahlen!“

Politische Dummheit des Kommunisten Süß. Die zwei Nazioten im Stadtparlament brachten im Siegestaumel in der letzten Stadtverordnetenversammlung einen Dringlichkeitsantrag auf Auflösung des Parlaments ein, da nach dem Resultat der Wahl die Zusammensetzung des Kollegiums nicht mehr dem Willen der Einwohnerschaft entspräche. Stadtver. Süß schloß sich dem Antrage der zwei Nazis an, und nur dem Umstand, daß ein Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fehlte, was es zu verdanken, daß dieser Dringlichkeitsantrag mit 7 Stimmen der SAP und SPD gegen 7 Stimmen der rechten Seite und der KPD-Stimme abgelehnt wurde. Für die Handlungsweise Süß gibt es einfach keine Entschuldigung. Man sollte denken, daß angesichts der vielen bevorstehenden Wahlen alles versucht werden sollte, um unnötige Arbeit zu ersparen. Oder ist Süß von dem Zuwachs der Thälmann-Stimmen geblendet? Er sollte doch endlich errechnen, daß die 3-400 Mehrstimmen der KPD zur Reichspräsidentenwahl ausschließlich SAP-Stimmen waren. Bei einer Parteienwahl würde sich ein anderes Bild ergeben.

Zwickau

Einen Elternabend hält die Freie Turn- und Sportvereinigung am Karfreitag in der „Neuen Welt“ ab. Alle Turnkinder des Vereins wirken mit. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Eintrittspreise äußerst niedrig gehalten.

Wilkau

Zur diesjährigen Jugendweihede konnten 15 Weihlinge von Bockwa und Wilkau in einer schlichten Feier im Schützenhaus unter starker Anteilnahme der Arbeiterbevölkerung die Weihede erhalten. Träger der Veranstaltung waren SAP, Freidenker und SPD. Die Feier wurde vom Volkschor und den Herren Kötze und Günther (Flügel und Violine) würdig bezeichnet zu werden. Eine Vorliebe für linke Arbeiter und Anhänger des SJV scheint er nicht mehr zu haben.

Der Turn- und Sportverein macht aufmerksam auf seinen Werbeabend der Kindergruppe am Karfreitag, 19.30 Uhr. Geboten werden u. a. Spiele, Tänze, Sprechchor und turnerische Übungen. Gleichzeitig soll auf das Tanzvergnügen am 1. Feiertag, 18 Uhr, hingewiesen werden.

Niederhaßlau

Unsere Jugendweihede fand im vollbesetzten Volkshaussaal statt. Geweiht wurden 19 Kinder. Die Weihede hielt Lehrer Schott. Allen Weihlingen wurde ein gutes Buch zum Andenken an die Jugendweihede überreicht. Der Volkschor sowie ein Streichquartett halfen die Feier verschöneren. Die Abendveranstaltung war wiederum gut besucht. Auch hier sorgten der Volkschor, der SJV, die Arbeiterradfahrer, die Liebelsche Kapelle sowie die Turner und Turnerinnen für eine würdige Ausgestaltung des Abends.

Der Kinderchor veranstaltet Sonntag, 3. April, 19 Uhr, im Volkshaussaal einen Konzertabend. Als Solist (Violine) wirkt mit Rudolf Liebeld. Die Leitung liegt in den Händen des Liedereisters Rudolf Schott. Die Einwohner-

Gewerkschafts-Opportunisten auf dem Marsch

Zwickau, 21. März 1932

Die Generalversammlung des Baugewerksbundes, Zahlstelle Wilkau, Haßlau, Vielau und Friedrichsgrün (südliche Vororte von Zwickau) nahm den Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs Heß, Zwickau, entgegen. Seine Schlussfolgerungen, die in der Debatte von den Genossen Ficker, Unger und Lorenz (SAP) scharfer Kritik unterzogen wurden, waren wirtschaftsfriedlich-demokratischer Natur. Er vertritt die Ansicht, dass die Arbeiter nicht nur auf die nach seiner Einbildung kommenden besseren Zeiten, sondern auch die schlechten, nationalistischen Phrasen von den „Youngtributen“, zum Zeichen dafür, daß die reformistische Bürokratie von den Nazis schon sehr viel gelernt hat. Es ist nach solch einer „Linie“ nicht zu verwundern, daß die Mitgliederzahl im Bezirk Zwickau im letzten Berichtsjahr um 20 Prozent gesunken ist und die Verbandsmitglieder an soch einer Gewerkschaftsarbeit immer weniger Interesse zeigen. Als Niederschlag der Diskussion, die sich gegen die ungewerkschaftliche Haltung der Bürokratie und ihrer Helfershelfer richtete, wurde folgende vom Genossen Ficker eingebrachte Resolution mit Mehrheit angenommen:

Die am 19. März 1932 im Volkshaus Niederhaßlau tagende Generalversammlung der Zahlstelle Wilkau-Haßlau-Vielau-Friedrichsgrün des Deutschen Baugewerksbundes Zwickau erhebt schärfsten Protest gegen die vom ADGB zur Präsidentenwahl herausgegebene, allen proletarischen Klassenempfinden zuwiderlaufende Lösung an seine Mitglieder, dem reaktionären kaiserlichen Generalfeldmarschall von Hindenburg die Stimme zu geben.

Die Versammlung stellt sich auf den Standpunkt, daß nur durch Klassenaktionen die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren abgewendet werden können. Nicht in der „Eisernen Front“ mit Brüning und Hindenburg

schaft von Niederhaßlau und Umgegend ersuchen wir, das Konzert zu besuchen.

Die Entlassungsfeier in der festlich geschmückten Schulturnhalle erfreute sich eines guten Besuches. Entlassen wurden 39 Kinder: 22 Knaben und 17 Mädchen. Herr Schulleiter Perschke widmete den Schulentlassenen herzliche Worte des Abschieds.

Aue

Hinein in den SJV! Der Sozialistische Jugendverband Aue trat am Palmsonntag mit einem Unterhaltungsabend zum erstenmal an die Öffentlichkeit. Bereits vor Beginn der Veranstaltung war der Saal im „Muldental“ überfüllt. Ohne viel zu schmusen, muß gesagt werden, daß das Programm ausgezeichnet durchgeführt wurde und vor allem die Mandolinengruppe und der Volkschor verdienten Beifall erhielten. Diese Veranstaltung hat bewiesen, daß der SJV Aue in der Lage ist, ganz allein eine solche Veranstaltung durchzuführen, während am selben Abend eine Werbefeiher der SAJ in Aue stattfand, zu der die SPD und die SAJ des ganzen Unterbezirks aufgerufen hatte und trotzdem nicht mehr auf die Beine brachte, als bei der Veranstaltung des SJV zugegen waren. Das ist die beste Antwort, die unser Jugendverband auf die Lügenberichte des Volksblattes geben konnte, nach dem wir bereits im Sterben liegen oder zur SAJ zurückgehen. Im Sterben liegt ganz jemand anderes. An alle Arbeiterorganisationen von Aue richten wir nunmehr

Aus der Mark

Keine Besserung auf dem märkischen Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg dürfte ihren Höhepunkt erreicht haben. Der Zugang an Arbeitssuchenden während der Berichtszeit (1. bis 15. März 1932) betrug zwar an sich noch 1080 Personen, der Bestand an Arbeitssuchenden hat jedoch den Stand vom gleichen Tage des Vormonats (15. Februar = 872 194) nicht überschritten. Das ist um so bemerkenswerter, als die herrschende Witterung die Aufnahme dem Außerarbeiten noch nicht in vollem Umfang zuließ. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden erhöhte sich um 1080 (Vorbericht = 7924) auf 865 350 (864 270) Personen. Davon entfielen auf Berlin 607 065 (606 104), Brandenburg 239 050 (238 754) und Grenzmark Posen-Westpreußen 19 235 (19 412). An Unterstützungsbeziehern waren in der Arbeitslosenversicherung 224 444 (235 363) Personen zu verzeichnen, davon entfielen auf Berlin 133 342 (139 195), Brandenburg 84 603 (89 403) und Grenzmark Posen-Westpreußen 6499 (6765). In der Krisenfürsorge betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 157 016 (155 349), Brandenburg 62 499 (59 834), Grenzmark Posen-Westpreußen 6382 (6519), zusammen 225 897 (221 702) Personen. Wohlfahrtserwerbslose wurden am 29. Februar 1932 im Gebiet des Landesarbeitsamtes Brandenburg 285 502 (265 345) gezählt, davon in Berlin 230 295 (215 896).

bur — sondern nur durch die rote Einheitsfront, durch gemeinsame Aktionen aller Arbeiterorganisationen gegen die Hindenburg-Notverordnungsdiktatur können die Interessen der Arbeiter durchgesetzt werden. Die Versammlung lehnt die Parole des ADGB, Hindenburg zu wählen, entschieden ab und fordert den ADGB auf, unverzüglich mit allen Arbeiterorganisationen die Verhandlungen aufzunehmen zwecks Nominierung eines gemeinsamen proletarischen Präsidentschaftskandidaten für den zweiten Wahlgang am 10. April

Die Versammlung erhebt schärfsten Einspruch gegen den vom ADGB geplanten Gewerkschaftskongreß 1932 mit den vorjährigen Delegierten. Sie wendet sich gegen die allen demokratischen Gepflogenheiten zuwiderlaufenden Auswüchse einer Apparatsdiktatur und fordert die Ausschreibung von Delegiertenwahlen.

Es gelang weder der Demagogie noch der Rührseligkeit der „Rechtgläubigen“, diese Resolution abzuwürgen.

Bei den Wahlen wurde der Genosse Unger (SAP) mit Mehrheit zum 1. Vorsitzenden gewählt, durch eine gemeine Schiebung wurde aber das Ergebnis der Abstimmung gefälscht und Genosse Matthes (SPD), der anständig genug war, sich an dieser Handlung nicht zu beteiligen, trotzdem zum Vorsitzenden wieder „ernannt“. Als zweiter Vorsitzender wurde Genosse Lorenz (SAP) einstimmig (!) gewählt, weil Genosse Windisch (SPD) wegen seines ungewerkschaftlichen, unkameradschaftlichen Verhaltens nicht wieder in Betracht kam.

Wir glauben, daß bei einer anständigen, revolutionären Haltung der Gewerkschaft bald auch wieder Festigung und Aufstieg der gewerkschaftlichen Organisationen möglich sein werden.

die Bitte: holt den SJV zur Ausschmückung eurer Veranstaltungen heran und schickt eure Kinder und jungen Genossen in den SJV!

Schneeberg

Die Jugendweihede war eine proletarische Feierstunde, wie sie nur die Freidenker zu organisieren wissen. Sie bestand in gut ausgewählten und ausgeführten Musikstücken der Kapelle Helbig und Rezitationen der Genossen Zocher und Arnold. Die Weiherede und der Weiheakt oblag dem Genossen Nestler-Erla. Der Arbeitergesangverein trug ebenfalls zur Verschönerung bei.

Schöneheide

Der hiesige Berichterstatter des Sächsischen Volksblattes bringt einen Bericht mit der Überschrift „Naseweise Jüngelchen“ und bespricht sich darüber, daß ein SAP-„Junge“ beim Kurier-Verreiben zu einem alten SPD-Genossen, der ihm keine Zeitung abkaufte, sagte: „Alter schützt vor Torheit nicht.“ Wir geben zu, daß diese Worte gerade nicht glücklich waren. Aber wenn man bedenkt, daß der betreffende SPD-Genosse ein Gastwirt ist und viele SAP-Genossen dort verkehren, so ist es wohl kein vermessener Gedanke, wenn unser Genosse ein 10-Pg.-Zeitung zum Verkauf anbietet. Oder befürchtet der alte SPD-Genosse, revolutionäres Feuer zu fangen, wenn er den „Kurier“ liest? Hierbei sei noch erwähnt, daß das „naseweise SAP-Jüngelchen“ 24 Jahre alt ist. Wie alt muß man denn bei der SPD sein, um von Politik reden zu dürfen?

Aus der Mark

Potsdam

Der Kremser soll wieder zu Ehren kommen. Auf der Hauptversammlung des Verkehrsvereins Potsdam wurde unter allgemeiner Zustimmung der Vorschlag gemacht, wieder den Kremser für Fremden-Rundfahrten heranzuziehen. Die Teilnehmer an Rundfahrten in Autoomnibussen hätten schon oft geklagt, daß alles „viel zu schnell“ ginge.

Templin

Etat verabschiedet. Als zweite Stadt in der Provinz Brandenburg hat die Stadt Templin ihren Etat für 1932/33 verabschiedet. Der neue Etat ist erheblich gekürzt worden und schließt mit 689 000 Mark gegen 805 000 Mark im Vorjahr. Die Steuern bleiben auf der gleichen Höhe, und zwar werden erhoben 330 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer vom bebauten Besitz, 28/7 Prozent vom unbebauten Besitz, je 400 Prozent Gewerbeertrag- und Gewerkekapitalsteuer, 20 Prozent Zweigstellensteuer, 150 Prozent Bürgersteuer und 150 Prozent Gemeindebiertsteuer. Nach der letzten Notverordnung wird allerdings dieser Etatbeschuß infolge der 40prozentigen Kürzung der Gemeindebiertsteuer noch einmal revidiert werden müssen.

Cottbus

Severings „Republikaner“. Anlässlich der am 17. März vorgenommenen Durchsuchungen bei nationalsozialistischen Führern und Geschäftsstellen wurde hier Material vorgefunden und beschlagnahmt, das von der hiesigen

Jugendweihede der Freireligiösen Gemeinde. Wie alljährlich, so fand auch diesmal wieder eine schlichte Feier im Schwansaal statt. Im Mittelpunkt stand die Weiherede des Genossen Hirtbe.

Elbenstock

Die Freie Turnerschaft bot einige genußreiche „Frohe Feierstunden“. Jung und alt dürfte von dem reichhaltigen Programm voll befriedigt worden sein. Die Darbietungen der Sportler, Sänger und der Chöre sowie die Songs der „Roten Rebellen“ fanden starken Beifall. Der Kinderchor des Gesangsvereins „Morgenrot“ legte seine „Premiere“ ab, die außerordentlich gut ausfiel. Zu wünschen wäre, daß die aufopferungsvolle Arbeit aller Mitwirkenden durch stärkeren Besuch belohnt würde.

Riesa

Lebhafte Meinungsäutausch gab es in der letzten Mitgliederversammlung der Freidenker, die von weit über 300 Mitgliedern besucht war, nach dem Bericht des Vorsitzenden über die Pressepolemik der Volkszeitung. Diese Polemik gegen die Freidenker begann nach einem Vortrag des Verbandsvorsitzenden, Genossen Sievers, und verschärfte sich von Monat zu Monat. In einem Artikel des SPD-Reichstagsabgeordneten Bobbert wurde dem Genossen Sievers sogar vorgeworfen, ein „Verbrechen gegen die Interessen der Arbeiterbewegung“ begangen zu haben, als er sich im „Freidenker“ gegen das Verbot eines Flugblattes durch den preußischen Innenminister Severing währte. Die Unterbezirkskonferenz Untereibe mißbilligte einstimmig die Schreibweise der Volkszeitung, ebenso der Vorstand der Ortsgruppe Riessa. Die Volkszeitung wiederum griff persönlich die Genossen der SAP an, die daran schuld sein sollten, daß die eigenen SPD-Genossen die gefällige und unsachliche Schreibweise ihrer Zeitung verteilten. Obwohl in der Versammlung ein großer Teil der Besucher Mitglieder der SPD waren, konnte unser Genosse Fischer in seinem Schlußworte feststellen, daß über die Mißbilligung der Schreibweise der Volkszeitung Einmütigkeit bestehe. In der Aussprache über die Zugehörigkeit der Freidenker zum Abwehrkartell wurde mit geringer Mehrheit die Ablehnung beschlossen. Die 2. Vorsitzende, Genossin Schneider (SPD), legte ein Bekenntnis zur Einheitsfront ab, ebenso Genosse Schwarze (SPD), der betonte, daß er trotz seiner Zugehörigkeit zur „Eisernen Front“ die Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen für notwendig halte. Wir hoffen, daß alle Mitglieder des Freidenkerverbandes — gleich, welcher Arbeiterpartei sie angehören — alles daran setzen, um die Stärke und die kulturpolitische Kampfkraft dieser Massenorganisation zu erhöhen.

Jugendfeier der Freidenker. 800 Besucher nahmen an der Feier teil, in welcher 72 Jungen und Mädels geweiht wurden. Die musikalische Umrahmung der Feier durch das Linkequartett und die Chorvereinigung Groß-Riessa war eindrucksvoll. Genosse Joppich (SAP) hielt die Weiherede, der er den Gedanken zugrunde legte: Werdet Helden des Friedens, Helden der befreiten Arbeit und Helden der Liebe im Sinne sozialistischer Solidarität. Mitglieder des SJV schlossen mit dem symbolischen Spiel „Der rote Heiland“ die Feier wirkungsvoll ab.

Gößnitz (Thür.)

Der Männerturnverein Eintracht hatte zu einem Wettkampf und Werbeabend eingeladen. Glänzende Übungen wurden an allen Geräten gezeigt. Die Turnerinnen führten einige Freiübungen und Spiele durch. Ein kurzer Tanz beschloß den Abend, der dem Verein, welcher in diesem Jahre sein 50-jähriges Bestehen feiert, recht viele neue Mitglieder bringen möge. Die Jugendabteilung führt am 2. April einen Werbeabend im Jugendheim durch, die Schulentlassene Jugend ist hierzu herzlich eingeladen. Unsere Parole ist: Alle Arbeiterkinder in Arbeitervereine!

Schutzpolizei stammt. Auf Grund dieser Schriftstücke wurde die Wohnung des Schutzpolizeihauptwachmeisters Willi Luckner durchsucht und belastendes Material gegen Luckner vorgefunden. Luckner wurde sofort seines Amtes enthoben. Ein Verfahren strafrechtlicher und disziplinarischer Art gegen ihn ist eingeleitet worden. — Luckner war ab 1. März an das Polizeipräsidium Berlin versetzt worden, er hat aber seinen Dienst dort nicht angetreten.

Großes Schadenfeuer in Döbbrück. In der Nacht zum Montag brach in Döbbrück in der Scheune des Landwirts Papsch ein Brand aus. Durch den Wechselwind wurden die Flammen auf die beiderseitigen Nachbargrundstücke übertragen. Der Brand vernichtete bei dem Landwirt Papsch die Scheune, das Wohnhaus und eine Wagenremise, bei dem Bauunternehmer Schenker Wohnhaus, Stallung und Scheune und bei dem Landwirt Szon Scheune und Wagenschuppen. Bei sämtlichen Bränden wurden die landwirtschaftlichen Maschinen und große Mengen Futtermittel ein Raub der Flammen. Da es sich bei den abgebrannten Gebäuden ausschließlich um Fachwerkbauten handelte, waren sie nur in mäßiger Höhe versichert. Ob Brandstiftung vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Pritzwalk

Zwei Kinder unter Lebensgefahr gerettet. Auf dem Buckower Dorfteich brachen zwei Kinder, die auf dem Eise spielten, ein und gerieten in die Gefahr des Ertrinkens. Bei den Bemühungen, die Kinder zu retten, brach auch der Landwirt Arndt ein. Dorfbewohner, die auf die Hilferufe hinzukamen, konnten schließlich alle drei retten.

Sportschau der SAZ

Organisationsnachrichten

SAP

Besitzverband Berlin: Berliner Parteitag delegierte heute, Mittwoch, 18 Uhr, wichtige Sitzung im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.

Ortsgruppe Kreuzberg: Mittwoch, 23. März, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Look, Schönleinstr. 6.

Ortsgruppe Schönberg-Friedensau: Mittwoch, 23. März, 20 Uhr, Sitzung der Funktionäre und Gruppenobleute, Lokal Geil, Merseburger Str. 7.

Ortsgruppe Zehlendorf: Mittwoch, 23. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Rest „Lindenpark“ (KI, Vereinszimmer), Berliner Str. 8. Thema: „Die Lehren der Präsidentenwahl“.

Ortsgruppe Neukölln: Mittwoch, 23. März, 20 Uhr, bei Balke, Weserstr. 42, Funktionsratung.

Ortsgruppe Reinickendorf: Mittwoch, 23. März, 19.30 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokal „Bürgergarten“, Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 50/51.

Ortsgruppe Pankow: Mittwoch, 23. März, Mitgliederversammlung im Heim, Mühlenstr. 771, Stellung zur Prinzipalerklärung.

Ortsgruppe Tiergarten: Mitgliederversammlung, Mittwoch, 23. März, 20 Uhr (einschl. Westen), Parkrestaurant, Turmstr. 18.

Achtung! Zeitungshotel „Das Kampfsignal“ erscheint diese Woche einen Tag früher. Ausgabe für Groß-Berlin also bereits heute.

Sportlerstrang: Sonnabend, 2. April, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34, 18 Uhr, Tagesordnung: 1. „Die Lage im Arbeitersport und unsere Aufgaben.“ 2. Organisatorisches und 3. Verschiedenes.

SJV

Heute, Mittwoch, 23. März, 19.30 Uhr:

Ballenplatz: Eisernen, Nationale und Proletarische Front, Falkenberg-Grünau, Arbeitsgemeinschaft.

Frankfurter Allee: Die „Erlöse“ der Eisernen Front, Lichtenberg, Bildungskursus, Gen. Anna Hartloch, Siemensstadt, Tagespolitik.

Mitteilungen der BL:

Erwerbslosenrat Groß-Berlin: Mittwoch, 23. März, Programmdiskussion, 14 Uhr, Arbeitsgemeinschaft „Europäische Arbeiterklasse und der Fünfjahresplan“.

Jungprolet: Mittwoch und Donnerstag zum Verkauf auf der Osterfahrt vom Sekretariat abholen.

Alle Gruppen nehmen zur Osterfahrt Material mit. Tamborkorps, Mittwoch, 23. März, Übung.

An alle Gruppen! Anlässlich des Parteitages, der im Berlin stattfindet, fahren alle Gruppen erst am Freitag nachmittag zur Osterfahrt. Achtet auf die „SAZ“ am 24. März, genaue Mitteilung, wo wir uns treffen, wir marschieren geschlossen ein auf dem 1. Parteitag!

SAP-Gewerkschaftler Hamburg: Donnerstag, 31. März, 20 Uhr, im Lokal Willi Kröger, Raboisen 91, Mitgliederversammlung: „Der politische Streik.“ Da Tärkontrollen, Mitgliederbücher mitbringen.

SAP Köln-Süd: Freitag, 25. März, 20 Uhr, Stadtteilerversammlung im Lokal Reba, Karthäuser Hof 29, Genossin H. Ackermann spricht über das Programm der SAP.

SAP Groß-Chemnitz: Mittwoch, 23. März, 18 Uhr, Bezirksleiterwahl in Frankes Restaurant, Peterstr. 8. — 20 Uhr Mitgliederversammlung für alle Bezirke, ebenfalls bei Frankes. Die Präsidentenwahl und ihre Lehren. Referent: Geo. Hirrichsen.

Freie Tura- und Sportvereine des Zwickauer: Donnerstag nach der Turnstunde wichtige Sitzung aller Handballer im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Straße, Oster-spiele betreffend.

SJV Harthauser: Donnerstag, 24. März, besuchen wir die Veranstaltung der Arbeiterturner in Reichels Neuer Welt, Beginn 20 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein für Inserate: Johannes Hoffmann.

Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig sächsisch in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM -36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM -36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Einzelverkauf: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialkarte für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Ein Städteringkampf Stettin - Tegel

Die Sportvereine Tegel 1899 veranstaltet am Freitag, dem 25. März, im Strandclub Tegel, Uferstraße, einen Städteringkampf im Ringen. Sie hat sich dazu eine starke Stettiner Mannschaft verpflichtet, und man kann gespannt sein, wie Tegel gegen diesen gefährlichen Gegner abschneiden wird. Die Paarungen sind wie folgt vorgesehen: Fliegengewicht: Steinborn-Stettin gegen Kraske-Tegel; Bantamgewicht: Schmenkel-Stettin gegen Mühlhörn-Tegel; Federgewicht: Zielke-Stettin gegen Hartmann-Tegel; Leichtgewicht: Frensch-Stettin gegen Rostski-Tegel; Mittelgewicht: Ackermann-Stettin gegen Babel-Tegel; Halbschwergewicht: Rehbein-Stettin gegen Hildebrand-Tegel.

Wie man aus Vorstehendem ersieht, haben beide Vereine ihre stärkste Aufstellung gemeldet, und man wird hochinteressante spannende Kämpfe zu sehen bekommen. Im Jiu-Jitsu wird Tegel zeigen, daß mit ihnen auch in dieser Sparte zu rechnen ist.

Im Boxen haben sie sich etwas ganz Besonderes vorgenommen, haben sie doch gerade die Kämpfer der beiden führenden Vereine Alt-Wedding und Sportliche Vereinigung Lichtenberg-Friedrichsfelde gefordert.

Die Veranstaltung beginnt pünktlich 3 Uhr nachmittags.

Lichtenberg-Friedrichsfelde auf Reisen

Am Freitag, dem 25. März, wird die erste Boxstaffel der Sportlichen Vereinigung in Crimmitschau am Start gehen, und zwar wird sie „Kraft Heil“ als Gegner haben, von dem sie im Vorjahr mit 10:4 Punkten geschlagen wurde. Da aber die Berliner ihre Mannschaft bedeutend verstärkt haben, kann man gespannt sein, wie sie dieses Mal abschneiden werden.

Kraftsport in Sachsen

V.f.S. Reichenbach I gegen Turnerbund Vorwärts-Altenburg I 19:5

Die Kämpfe am Sonntag waren, trotz des hohen Resultats für Reichenbach, sehr schön, und wurden vom Publikum mit großem Interesse verfolgt. Im Fliegengewicht siegte Süßmann (VfS.) zweimal kurz über Metzner (Altenburg). Dasselbe zeigte im Bantamgewicht Duda (VfS.) über Hahn (Altenburg). Federgewicht: Werner (VfS.) 1 Niederlage 1 Sieg über Putzer-Altenburg; im Leichtgewicht Detsch (VfS.) 1 Sieg über Hänsch (Altenburg); im zweiten Gang (VfS.) 1 Sieg über Hänsch knapp entwinnen durch ein Unentschieden. Panua im Mittelgewicht siegte zweimal kurz über Groschwitz (Altenburg). Im Halbschwergewicht stehen sich Hauck (VfS.) und Hahn (Altenburg) zwei gleichwertige Kämpfe gegenüber. 1 Runde für Haut, die zweite für Hahn; beide Genossen lieferten die schönsten Kämpfe des Tages. Genosse Geipel leitete die Kämpfe zur Zufriedenheit aller.

Das Artistentrio Altenburg leistete im Beiprogramm Vorzügliches. Der Besuch hätte in Anbetracht des Gebotenen besser sein können. Sportlich war die Veranstaltung ein Erfolg.

Fußball im Zwickauer Bezirk

Außer den vorgesehene Serienspielen kamen auch einige Freundschaftsspiele zur Durchführung. Die meisten Vereine unterbrechen eben nur unter dem Spielbetrieb. Im weiteren Fortgang der Serienspiele scheinen sich schon die zu erwartenden führenden Vereine vorzuschieben.

Werdau-Planitz 2:1 und Zwickau-Cainsdorf 3:2 sind als diesmalige Unerwartete anzuspüren. Vielau setzt seine torreichen Erlebnisse fort. Reichenbach war mit 9:3 der Unterlegene. Neitzschbach war mit 9:3 der Sieger. Zwickau-Süd unterlag gegen Wilkau nach wechselnder Torfolge mit 3:4. Zwickau-Nord zeigte gegen Crimmitschau wiederum Anspruchsvolles. Endresultat 1:3. Oberhondorf gegen Neukirchen verlor mit 4:2 normal. Niederhaldau und Marienthal zeigten ein annehmbares Freundschaftsspiel, das die technische Reife Haldaus mit 4:1 entschied. Ebersbrunn-Rodewisch 2:1. Im Freundschaftsspiel gingen beide nicht voll aus sich

heraus. Mylau-Greiz-Aubachtal beendeten ihr Freundschaftsspiel auf fast spielfähigem Platz mit 2:1.

In der 2a-Klasse fallen die jetzt älteren Niederlagen Mösels auf. Gegen Mösels-Niclas fiel diese mit 6:0 recht hoch aus. Pöhlau ist wieder im Kommen. Friedrichsgrün mußte sich knapp 6:5 geschlagen bekennen. Rotschau fertigte Lichtentanne mit 9:1 ab. Mülsen-Jacob zwang Neuzschönberg ein 2:2 ab. Hartensdorf schlug Wiewenburg 7:2 überzeugend, ebenso Grün-Bockau mit 9:0.

Spiele der unteren Mannschaften: Vielau II-Wilkau 2b 3:1; Netzschau II-Wilkau II 5:3; Zwickau-Süd II-Reinsdorf II 3:2; Oberhondorf II-Neukirchen II 5:1; Zwickau-Nord II-Cainsdorf II 4:1; Werdau II-Planitz II 1:1; Zwickau-Nord II-Crimmitschau II 0:6; Vielau III-Reinsdorf III 1:1; Zwickau-Süd III-Wilkau III 6:1; Oberhondorf III-Hartendorf III 3:2; Mülsen-Niclas II-Friedrichsgrün II 5:2; Ebersbrunn III-Crimmitschau IV 0:6; Rotschau II-Neuzschönberg III 7:2; Pöhlau II-Zwickau II 2:1; Ebersbrunn II-Rodewisch II 8:0; Netzschau-A.M. 2:1; Greiz-Böhlitz 4:5; Marienthal-A.M.-Glauchau A.M. 2:0.

Jugend: Niederhaldau-Planitz 7:0; Vielau-Reichenbach 4:1; Netzschau-Reinsdorf 4:0; Lichtentanne gegen Zwickau-Nord 5:2; Marienthal-Mylau 0:4; Friedrichsgrün-Crimmitschau 4:1.

Knaben: Friedrichsgrün-Hartendorf 6:0; Pöhlau gegen Zwickau 1:2; Marienthal-Glauchau 4:1.

Serienbeginn der Handballer in Südwestsachsen

Der erste Serientag brachte schon einige Überraschungen. Der Favorit Zwickau mußte einen wichtigen Punkt abgeben. Leubnitz verlor mit einem knappen Resultat. Die Spiele liefen meist unter aufgeweckten Plätzen.

Zwickau I-Wilkau I 6:6 (2:2). Das größte Interesse beanspruchte dieses Treffen. Wilkau mußte sich - wie immer - den ersten Treffer gefallen lassen. Die überlegter spielenden Zwickauer mußten dann aber an Wilkau die Führung abtreten. Nach dem Wechsel ließ Wilkau nach. Mit erhöhter Energie versuchte Zwickau dem Spiel eine entscheidende Wendung zu geben. Die gestimmten Angriffe hatte Wilkau abzuwehren. Drei Erfolge waren das Resultat. Im Endspurt zeigte Wilkau sich dann noch einmal von der besten Seite. — Werdau I-Planitz I 3:4. Werdau trat unvollständig an. Mit großem Eifer versuchte die Elf sich zu behaupten. Es gelang ihr auch das Spiel offen zu gestalten. Die größere Erfahrung des Planitzer Sturms brachte es mit sich, daß die Elf zu einem zahlenmäßig hohen Sieg kam. — Turner-Crimmitschau I-Niederhaldau I 5:9 (1:4). Die Turner erfüllten die in sie gesetzten Erwartungen in keiner Weise. Niederhaldau war weit überlegen. Wenn die Turner weiterhin mit an der Spitze bleiben wollen, dann muß schon eine gründliche Änderung ihrer Spielweise eintreten. — Leubnitz I-Cainsdorf I 1:2 (0:0). Cainsdorf trat mit nur neun Spielern an. Die Leubnitzer Mannschaft verstand es nicht, diesen Vorteil auszunutzen. — Stücken I-Planitz II 5:2. Stücken zeigte die technisch besseren Leistungen. Der Planitzer Sturm spielte zwar unüberlegt, er sorgte aber vor dem Stücker Tor für spannende Momente. — Neukirchen I-Reinsdorf I 2:5. Neukirchen hielt sich beachtenswert gut. — Marienthal I gegen Oberreichenbach II 1:2. Marienthal hatte in seiner Mannschaft einige neue Genossen aufgestellt, die erst noch die nötigen Erfahrungen sammeln müssen. Trotzdem hielt sich die Elf beachtlich.

Wahlen I-Niederhaldau II 9:4; Schedewitz I-Turner Crimmitschau II 5:5; Zwickau II-Wilkau II 6:3; Stücken II-Planitz III 4:4; Turner-Crimmitschau III gegen Reinsdorf II 3:4.

Jugend: Zwickau-Wilkau 5:6; Neukirchen-Stücken 8:6 (1:6); Werdau-Planitz 12:0.

Aus dem Lausitzer Handballer

Schlechte Plätze in der Oberlausitz.

Neugersdorf I gegen Bautzen I 1:6 (1:4). Neugersdorf war gut im Schwung und konnte ein schönes Resultat erzielen. Der asse schlipprige Platz verhinderte ein richtiges Entfalten der Mannschaften. Bautzen, mit vier Mann Ersatz, konnte keinen ebenbürtigen Gegner abgeben und wurde fast immer in die eigene Spielfeldhälfte zurückgedrängt. Nach 40 Minuten Spieldauer mußte das Spiel wegen der schlechten Platzbeschaffenheit abgebrochen werden. Der Schiedsrichter war ein guter Leiter. Ebersdorf I gegen Lawalde I 4:1 (3:1). Wie schon vorausgesetzt, war Ebersdorf etwas besser und besonders in der ersten Halbzeit tonangebend. Nach Wechsel war

das Spiel ausgeglichener. Auch hier war der Platz nicht in der besten Verfassung. Der Schiedsrichter war gut.

Für die 1. Gruppe findet am Freitag, dem 25. März, eine Handball-Lehrstunde auf dem Sportplatz am Silberberg in Seiffenroddorf statt. Alle Handballspieler der 1. Gruppe müssen erscheinen. Beginn pünktlich 7 Uhr. Die Spieler müssen es sich so einrichten, daß sie bis um 15 Uhr aushalten können.

Schwarzstellung: Die Vereine Seiffenroddorf, Eibau-Waldorf, Schönbach, Niederhondorf, Bischof, Neuzschönberg, Kirschau, Großpostwitz, Großdubrau, Bautzen-Schwimmer, Grubschütz, Bischofswerda sind wegen Nichteingehens der Pässe und Kopfsteuer bis auf Widerruf schwarzgestellt.

Die Spielleiterkonferenz findet am 2. April um 14 Uhr in der Gerhart-Hauptmannschule in Sohland an der Spruce statt. Alle Vereine des 4. Bezirkes müssen bestimmt erscheinen.

Hessen-Mittelrhein Fußball im 9. Kreis

An interessanten und zahlreichen Freundschaftstreffen fehlte es auch diesmal nicht. Die alten Frankfurter Rivalen ASV, Westend und FrT. Bockenheim lieferten sich vor zahlreichen Zuschauern einen harten Kampf, in dem Westend schließlich knapp mit 3:2 (0:2) die Oberhand behielt. — Bereits am Sonntag schlug die FrT. Nord, Frankfurt den VfL II Bornheim verdient mit 2:1 Toren. — Der Gruppenmeister ATSV. Egersbach betonte Rannheim sicher 6:3. — Dazwischen lief es dem vorjährigen Kreismeister SpVg. 19 Urbach schwer, mit 2:1 in Weiskirchen zu bestehen.

Weitere Ergebnisse: Jask-Frankfurt-Bürgel 3:1; Frankfurt-Niederrad-Bischofheim 1:0; Rhasselheim-Königstädten 2:2; Rannheim-Westend-Frankfurt 2:1; Mainz-Ginsheim-VfL Mainz 5:0; Münster-FTG, Pfungstadt 5:3; Eberstadt-Größenhausen 2:4; Sprembingen-Vorwärts-Neuzschönberg 2:1; Arheilten-Witzhausen 5:2; Jügesheim-Hausen 2:1; Darheim-Friedberg 6:0; Heldenbach-Niederhaldau 10:0; H. Scheilheim-Großen-Ruseck 0:0; Gießen-Lollar 3:2; Allendorf-Weitzlar 1:2. — Gruppenmeister im 4. Bezirk wurde Langendiebach durch einen 5:1-Sieg über Kilianstädten.

Um die Handball-Kreismeisterschaft

mußte die FTG Darmstadt bei der FrT Bockenheim mit 3:6 eine weitere Niederlage hinnehmen. Die Mannschaft kommt dadurch für die Meisterschaft nicht mehr in Betracht. Das Spiel war nur bis zur Pause ausgeglichen die Bockenheimer mit 2:1 in Führung sb. Darauf versuchte Darmstadt, die Überlegenheit des Gegners durch Härte auszugleichen, was ihm zwei Platzverweise einbrachte. Mit vier weiteren Treffern, denen die Gäste nur einen entgegengesetzten konnten, stellte Bockenheim den Sieg sicher. Das Ende liegt aus zwischen Oberrodern und Frankfurt-Bockenheim.

Aufstiegsspieler der Bezirksmeister. Die FTG Pfungstadt rückte durch einen 8:6-Erfolg über ihren Mainzer Namensvetter zur Kreisklasse auf. — Offenbach-Bürgel holte sich mit 4:2 Toren in Gr.-Rieberau die Punkte.

Privatbeleg: Sorendlingen-Frankfurt-Nord 1:1. FT. Oberrodern-FrT. Frankfurt-Bornheim 3:6; Frankfurt-S. Zehnhausen-94-Hornau 7:2; Nied-Frankfurt-Westen 3:7; Fichte-Frankfurt-Epsstein 3:3; Huppenheim-Arh. Jun 3:4; Dietrichheim-Ruppenheim 8:5; Klein-Staheim-Mühlheim 4:1; Zeilheim-Sovenheim 4:6; Heusenstamm gegen Hainhausen 4:4; Niederflorstadt-Friedberg 11:1.

Turnen

Der ASV. Westend-Frankfurt veranstaltete mit Erfolg einen Gerätewettkampf für Turnerinnen. Sieger blieb der Gastgeber mit 473 vor FrT. Nord mit 461, und FrT. Bockenheim mit 449 Punkten. Schwingballturnier der Sportler: Westend-Nord 43:23 Punkte.

Die B-Meisterschaft der Turner im 4. Bezirk errand die FrT. Offenbach durch einen Sieg von 499-469 Punkten über Höttingen.

Kleine Sportnachrichten

„Freie Fallbohrer Berlin a. V.“ Zusammenkünfte am Donnerstag, dem 24. März 1932, 20 Uhr. Gruppe Südosten: Große Frankfurter Straße 16, Zimmer 5. „Heitere Stunde.“ Musikinstrumente mitbringen. Sämtliche Pleißke-Fahrer müssen anwesend sein. Osterfahrt: Die Pleißke (Führer: Grau) fällt aus. — Nord: Osterfahrten: Die Dosse; Führer: Trommer. Abfahrt Sonntag, 27. März, 7 Uhr Stalliner Bahnhof. Rückfahrkarte zur Hin- und Rückfahrt nach Dossow. Rückfahrt nach Neustadt. Die Freiburger Mulde; Führer: Tummelsch. Abfahrt Donnerstag, 24. März, 23.40 Uhr. über Elsterwerda-Drebitz nach Freiberg. Rückfahrkarte bis D-beln Kasen. Die angetragene Spree- und Uckermarkfahrt fällt aus. — Nordosten: fällt aus.

Ste 1 - Theater
Oper u. d. Linden
Mittwoch, 23. März 20 gegen 22.00 Uhr
Madame Butterfly
Kroll-Theater
a. Platz d. Republik
Mittwoch, 23. März 20 - 22.30 Uhr
Goethe-Festspiele
„Prometheus“
„Pandora“
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Mittwoch, 23. März 20 - nach 22 Uhr
Goethe-Woche
Clavigo

Schillertheater
Mittwoch, 23. März nach 22.30 Uhr
Zum 1. Male:
Ostern
Volkshühne
Trotz a. Misvopi
11 Norden 204
Mittwoch, 23. März 15 Uhr
Androklos u. d. Löwe
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Mittwoch, 21. März 6 und 9 Uhr;
Donnerstag, 24. März 8.15 Uhr;
Jettchen Gebert

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Stürme der Leidenschaft
mit Emil Jennings, Anna Oten
dazu:
Das ersteklassige Beiprogramm
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der Hochtourist
dazu:
Der Held von Kalifornien
Neueste Fox tönende Wochenschau
Theater des Weddings
Müller, Ecke Sellerstraße
Emil und die Detektive
dazu:
Kameradschaft
Jugendliche haben Zutritt
Das gute Beiprogramm

MILWAUKEE
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 120
2 Großtonfilme
George Alexander, Lien Deyers, Trude Berliner in der entzückendsten Tonfilm-Operette de Saison:
Durchlaucht amüßert sich
dazu: Pat und Patachon in ihrem einzigsten deutschen Sprech- und Tonfilm
Tausend Worte Deutsch
Tönende Wochenschau
Wochentags 5.15 Sonntags 8.15
Kasseneröffnung 1/4 Stunde vor Beginn
PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Das Riesenerfolge verlängert bis 24. März.
Erstaufführung, Louis Clair's Meisterwerk:
„Es lebe die Freiheit“
Der beste Film, der seit Monaten in Berlin gezeigt wurde. Dazu als zweiten erstklassigen Tonfilmschlagert:
„Geld auf der Straße“
Der große Heiterkulturreiz, mit Georg Alexander und Hans Mosek
Einmal 1/4 5 Uhr Eintrittsp. ab 0.50 RM.

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Tonfilme
Harry Piel in
Der Geheimagent
(Ein Mann fällt vom Himmel)
mit Maria Solvig, dazu:
Charlotte Andler in
Chauffeur Antoinette
Lastspiel mit
v. Schlettow, Falkenstein
und die neueste
tönende Fox-Wochenschau

Der erste Parteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei
Ist nicht nur eine Angelegenheit weniger Tage. Lange Zeit war und ist darüber diskutiert worden. Eine wertvolle Grundlage für diese Diskussionen gibt das vierte Buch der „Roten Bücher“
Auf dem Wege zum Sozialismus
von Anna Siemsen
Buchhandlungspr. RM 4.75, Mitgliedspr. RM 3.-
Neugetretene Mitglieder erhalten dieses Buch ebenfalls zum verbilligten Preis
Zu beziehen bei jeder Buchhandlung, bei den Literaturböulen für SAP oder direkt bei der
Freien Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof
Hohenzollern-Korso 67

KIND FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Veitshaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurz 2334.
Ab Dienstag, den 22. März 1932
Mein Herz sehnt sich nach Liebe
Das große Stingspiel mit
Max Adalbert, Johannes Semann, Marianne Winkelstern, Ernst Verbeke, Paul Hörbiger
Fox tönende Wochenschau
fährt ab 9 Uhr vorm.
sonntag, ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Konz. Tag- u. Nachtkino Berlin

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 36
Harry Piel in
„Der Geheimagent“
dazu: Ralph Arzner Roberts in
Zu Belah, Herr Unteroffizier
Emelka-Tonwoche
Beginn 6 Uhr

BESTELL-SCHEIN
Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar
„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____
monatlich . . . 2.40 RM inkl. Bestelgeb
wöchentlich . . . 0.60 RM inkl. Bestelgeb
bei Postbezug 2.10 RM zuzügl. 36 Pf.
Zustellungsgebühr
Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15 16

Les den Klassenkampf!

Zum Parteitag

Wie in der gestrigen Nummer bereits gemeldet, wird der erste Parteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei nicht in Plauen, sondern in Berlin stattfinden. Tagungsort: Klemms Festsäle, Hasenheide Nr. 13-15 (U-Bahnstation Hermannplatz).

Die Tagungszeiten bleiben die gleichen wie im Rundschreiben gemeldet.

Den Genossen, die in Plauen Quartier angefordert haben, wird automatisch in Berlin Quartier beschafft. Wer sich bis jetzt noch nicht wegen Quartier gemeldet hat oder wer wegen Aenderung des Tagungsortes sein Quartier absetzen will, beschreibe sofort an das Berliner Bezirkssekretariat der SAP, Berlin NO, Prenzlauer Allee Nr. 34.

Sämtliche aus dem Reich ankommende Delegierten melden sich sofort nach Ankunft bei der Quartierkommission und nehmen Material in Empfang. Bis Donnerstagabend 24 Uhr tagt die Quartierkommission in der Redaktion der „SAZ“, Magazinstr. 15/16, erster Hof, linker Aufgang 2 Treppen.

Ab Freitag früh wird Delegiertenmaterial im Parteitaglokal, Klemms Festsäle, Hasenheide 13/15, in Empfang genommen.

Von der deutschen Edelpresse

IG-Farben subventionieren Ehrhardt

Nachdem es schon aufgefallen war, daß das „M B Montagsblatt“, das dem früheren Korvettenkapitän Ehrhardt gehört, in seiner Nummer vom 7. März einen Artikel brachte, der in eindringlicher Weise ein Produkt der chemischen Industrie, nämlich der IG Farben, den landwirtschaftlichen Käufern empfahl, setzt das Blatt diese Werbetheilnahme in seiner Nummer vom 14. März fort.

In ihr steht ein zwispaltiger Artikel „Neuer Weg zu Arbeit und Brot“, der die Vistrafaser zu „neuesten Kleiderstoffen, Herren-, Damen- und Tischwäsche, Strickwaren, Schlafdecken, Teppichen, Möbel-, Dekorations- und Vorhangstoffen“ mehr kaufmännisch-inseratenmäßig als journalistisch empfiehlt. Es wird hervorgehoben, daß sie aus deutschem Erfindergeist und dito Fichtenholz entstanden ist und daß sie noch besser sei als Kunstseide. Damit soll, wie der Artikel hervorhebt, der deutschen Waldwirtschaft und der Wirkerei- und Strickindustrie geholfen werden.

Der Artikel hebt aber nicht hervor, daß die Vistrafaser der IG Farben gehört.

Ähnliche Artikel versendet die IG Farben und bezahlt sie nach der Zahl der Abdrücke in der kleineren Provinzpresse.

Mit dem „MB“ des Herrn Ehrhardt soll sie, als erstem Berliner Blatt, ein Spezialabkommen zu gegenseitiger Förderung getroffen haben.

Ablehnung des Etats in Anhalt. Im Haushaltsausschuß des Landtags lehnten die Parteien der Rechten und die Kommunisten den Etat für 1932/33 gegen die Stimmen der Regierungsparteien ab. Darauf erklärte der Ministerpräsident, er müsse jede Verantwortung für das, was komme, ablehnen.

Irrationaler Sozialismus

„Erneuerung des Marxismus“

Die Sozialdemokratie und ihre „Eiserne Front“ brauchen für ihren „Kampf“ gegen den Faschismus eine geistige Grundlage. Krampfhaft suchen sie nach neuen Schlagworten, mit denen sie die murrenden Massen bei der Stange halten können. In ihrer Not entsinnen sie sich auf Marx. Können mit diesem Namen, der jeden sozialdemokratischen Arbeiter begeisterte und in dessen Sinne er zu kämpfen glaubt, die eigenen geistigen Blößen verdeckt und die Reihen der Anhänger zusammengehalten werden?

Freilich — aber welchen Marx soll man nehmen? Von dem Geist des reifen Marx hat man sich durch Reformismus, Kriegs- und Nachkriegspolitik für immer distanziert. Denn — die heutige Lage hat sich so grundlegend geändert, daß mit den alten Anschauungen heute nicht mehr viel anzufangen ist, stellt der „Abend-Vorwärts“ in zwei „Erneuerung des Marxismus“ überschriebenen Artikeln fest. Zweifellos richtig! Es gibt keine Ausbeutung mehr, keine Verelendung der Massen, keine Unterdrückung des Proletariats durch den kapitalistischen Staat, denn der Staat sind wir, keinen Kapitalismus mehr; alles hat sich grundsätzlich geändert. Wollte man die Richtigkeit der Marx-

Widerliche „Pietät“

Wie der Kapitalismus Goethe feiert

Die geschmacklose Goethe-Propaganda der Bourgeoisie erlebte am Dienstag, dem Todestag Goethes, ihren Höhepunkt in Weimar, wo eine offizielle „Reichsgedächtnisfeier“ stattfand. Nach einer Feier in der Weimarahalle, in der Professor Dr. Petersen die Festrede hielt, wurde eine „Wallfahrt“ zu Goethes Sarg unternommen. Hören wir, was der feuilletonistische Schmock, den eine schwerindustrielle Nachrichtenagentur delegiert hat, der deutschen Presse darüber zu melden weiß:

„Als um 11.30 Uhr, zu Beginn der hundertjährigen Wiederkehr von Goethes Todesstunde, die Glocken von allen Türmen riefen, säumte den Friedhof eine vielhundertköpfige Menge in schweigender Erwartung. Unablässig führten die Abordnungen vor und wanderten mit blumenreichen Kränzen die lange Allee bergan bis zur Fürstengruft, wo in weitem Halbkreis Fanale loderten.

Nachdem die ehemalige Großherzogin von Sachsen-Weimar, zu ihrer Rechten Staatssekretär Meißner als Vertreter des Reichspräsidenten und zu ihrer Linken Reichskanzler Brüning, erschienen waren,

sprach Professor Petersen kurze Versworte des Gedächtnis. Die Großherzogin, der Reichskanzler, der Vertreter des Reichspräsidenten und der Präsident der Goethe-Gesellschaft sowie Vertreter der mit Goethe verwandten Familien gingen hinab in das Gewölbe, um die Kränze am Sarge selbst niederzulegen. Die übrigen Abordnungen brachten ihre Blumengaben vor einer Goethe-Büste in der Gruft Halle dar: zunächst die Vertreter ausländischer Regierungen, die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder, die Minister und die stimmungsführenden Reichsratsvollmächtigten, die Vertreter von Reichs- und Landesbehörden, des Reichstages und des thüringischen Landtags, die Vertreter der deutschen Städte, geführt von dem Abgesandten der Stadt Frankfurt als der Geburtsstadt Goethes, Abordnungen des Auslandsdeutschums, der deutschen Kunst und Dichtung, unter ihnen Binding, von Münchenhausen, Lillienfeld, Schaffner, Thomas Mann, Kolbenheyer u. a. Dann die Intendanten der deutschen Bühnen, die Vertreter der Kunsthochschulen und der Kunstverbände, der deutschen Wissenschaft unter Führung der Universitäten Leipzig, Jena, Frankfurt und Berlin, Vertreter der deutschen Akademien, wissenschaftlicher Gesellschaften und der deutschen Presse; der Kunst und Wissenschaft, des Auslandes, der Konfessionen, schließlich der Ehrenausschuß für die Goethefeier 1932, Vertreter der Weimarer Kulturstätten und zahlreiche Abordnungen weiterer Organisationen und Verbände.

Die stille Gruft Halle verwandelte sich in ein Meer von Blumen. Noch lange, nachdem die offiziellen Abgesandten ihre Spenden niedergelegt hatten, kamen Menschen, junge und alte, um ihre Blumen darzubringen. Diese Ehrung Goethes in der Stunde, da er vor hundert Jahren von uns scheidet, war in ihrer wortknappen und schweigenden Würde die ergreifendste des Goethegedenktages.

Eine interessante Gedenkfeier! Zwischen zwei Notverordnungen, in denen die Brüning-Regierung das Proletariat mit ihren Segnungen bedenkt, widmet man eine bombastisch-theatralische Szene dem Gedächtnis Goethes, des großen Humanisten. Man legt das „feierliche“ Gelöbnis ab, „im Geiste Goethes“ handeln zu wollen, um am folgenden Tag das schamlose Regime der Inhumanität und des krassesten Unrechts fortzusetzen.

schen Analyse gerade für unsere Tage zugeben, dann dürfte man seine eigene heutige sozialdemokratische Praxis nicht mehr marxistisch nennen, und man weiß wohl, welchen Abbruch man durch ein solches Geständnis erleiden würde.

Deshalb nennt man den modernen Marxismus unserer Tage, den in vielen Punkten auf russische Verhältnisse zugeschnittenen Leninismus-Stalinismus eine Verzerrung und Entartung des Marxismus, die aus einer Verkennerung und Negierung der geistigen Grundlagen entstanden seien! Zu diesen geistigen Grundlagen müssen wir wieder zurückfinden, um den echten, marxistisch-sozialistisch-sozialdemokratischen Sozialismus schaffen zu können.

Und diese Grundlagen sind deutsch! Marx war ein Schüler des deutschen Idealismus und seines größten Meisters, ein Schüler Hegels. — Also deutscher Marxismus! Jetzt endlich kann die Sozialdemokratie ihre nationale Politik marxistisch rechtfertigen. Daß sie sich dazu der frühesten Schriften von Marx bedient, die zu einer Zeit entstanden sind, als er noch im Kampf mit der Hegelschen und Nachhegelschen Schule lag, sein Urteil noch nicht durch internationale Erfahrungen geschärft, als er noch nicht klar erkannt hatte, daß die Interessen der Arbeitenden aller Länder die gleichen sind, als Marx sich noch nicht zu der im Manifest ausgesprochenen Erkenntnis — „Proletariat aller Länder, vereinigt euch“ —

Das Bekenntnis zu Goethe ist zu einem Lippenbekenntnis geworden,

zu einem kitschigen Gedenken mit Goethe-Porzellantassen, Goethe-Briefmarken, Goethe-Statuen, Goethe-Filmen. Eine Inflation der tollsten Geschmacksverirrungen ist seit Wochen über Deutschland dahingeflutet, eine Fülle ethisierender Verlogenheit in Leitartikeln, Broschüren, Büchern hat sich über das lesende Publikum ergossen. Pastoren und Militärs, nationalistische Skribenten und verrostete Pädagogen haben den Weltbürger Goethe für ihre Zwecke reklamiert. Am wenigsten hat sich das deutsche Proletariat mit Goethe beschäftigt, es ist verstrickt in die Kämpfe des Tages, es hat keine Zeit zu Jubiläen, aber es fühlt sich

als den Testamentsvollstrecker der weltbürgerlichen Ideen Goethes,

von denen die Bourgeoisie in unserer Zeit nichts mehr wissen will. Der Weg zur Verwirklichung jener Ideen aber ist der Weg der proletarischen Revolution!

Eine feine Nummer

Sozialdemokrat Brolat als Zeuge

Berlin, 21. März 1932

Im Sklarek-Prozess wurde am Montag die Vernehmung des Obermagistratsrates Brandes beendet, der noch mitteilte, daß der BVG-Direktor Brolat bei ihm gewesen sei und ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß die

Sklarek wohlwärtige Menschen seien, die das Reichsbanner unterstützt hätten.

Dann wurde die Vernehmung Brolats vorgenommen. Seine Bekanntheit mit den Sklareks sei durch eine Empfehlung des Behaltdirektors Schünning erfolgt, der sich bekanntlich während des Sklarek-Prozesses nach seiner erfolgten Vernehmung erschloß. Zwischen ihm, Brolat, und den drei Brüdern Sklarek habe sich eine Duzfreundschaft entwickelt. Die Sklareks hätten ihm den geschäftlichen Weg gebnet. Brolat bestreitet, daß durch seine Hände Gelder der Sklareks, die zu politischen Zwecken verwendet worden seien, gegangen seien. Nach anderthalbjähriger Bekanntheit, sagte Brolat aus, fragte einmal Leo Sklarek, ob er nicht in die SPD eintreten könne, worauf ich einen

Aufnahmeschein für ihn unterschrieben

habe. Später hat er mir gesagt, daß er sehr viel Unterstüßungen gebe, und sich erkundigt, ob es angebracht wäre, wenn er etwas für die Partei geben würde. Er, Brolat, habe gesagt, wenn er etwas übrig habe, solle er das ruhig tun. Die Gelder seien aber nicht durch seine Hand geflossen.

Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Keßner findet es auffällig, daß Brolat bei einem Einkommen von 72 000 M. die Schneiderrechnungen bei den Sklareks habe immer offen stehen lassen.

Brolat: „Ich habe doch mein Gehalt vierteljährlich bekommen.“ — Vors.: „Dann bleiben aber immer noch für den Monat 5—6000 Mark.“ (Bewegung im Zuschauerraum) — Brolat: „Da gingen doch auch die Steuern ab.“ (Heiterkeit)

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung erwähnte Brolat auf eindringliches Befragen des Vorsitzenden, daß er von Max Sklarek sechs Hemden geschenkt bekommen habe, es handle sich aber um eine Gegengabe für eine Tannenpflanzung für die Villa, die er Max

Sklarek geschenkt hätte. Vors.: Was haben denn die Hemden gekostet? — Zeuge: „Ich glaube über 35 Mark das Stück.“ Vors.: Herr Zeuge, bleiben Sie bei der Wahrheit.

Die Hemden haben zusammen 819 Mark gekostet, so daß auf das Stück 70—80 Mark kommen.“

Nach Schluß der Vernehmung Direktor Brolats stellte Oberstaatsanwalt Freiherr v. Steinacker, den Antrag, den Zeugen nicht zu vereidigen. Die Rolle Brolats sei sehr bedenklich, und es müsse die Frage geprüft werden, ob Brolat sich nicht der passiven Bestechung schuldig gemacht habe, weil er von den Sklareks Kleidung bezog und ihnen die Lieferungen für die Straßenbahn zukommen ließ. Den Verdacht der Begünstigung hielt der Oberstaatsanwalt ebenfalls für vorliegend.

Brolat wurde aus diesen Gründen nicht vereidigt.

Deutschland fordert, fordert . .

Vor 11 Jahren hat in Oberschlesien die bekannte Abstimmung stattgefunden. An die schöne zum „Gesundmachen“ geeignete Zeit denkt das „deutsche Herz“ mit Trauer und Hoffnung zurück. Was tut das treue deutsche Herz in solchem Fall? Es gibt Kund. Es gibt Kund, daß eine Revision der deutsch-polnischen Grenze stattzufinden habe, daß die Genter Entscheidung ein Fehlgriff war, daß alles, was das deutsche Herz begehrt, sein „verbrieftes Recht“ ist, während andere Verträge, der Versailler „Schandvertrag“ vor allem, Fetzen Papier sind. Die jeweilige Reichsheergarnison ist natürlich dabei; außer dem nicht vermeldeten Schnaps und Bier fließt das deutsche Herz in Begeisterung über, es dröhnt „Deutschland, Deutschland über alles“ nach allen Himmelsrichtungen, und das Ganze nennt sich dann Erinnerungsfeier. Und ist doch nur wildgewordener, aber gefährlicher Nationalismus.

Der Prozeß des Genossen Küster vertagt

Der Prozeß des Genossen Fritz Küster, des Geschäftsführers der Deutschen Friedensgesellschaft gegen die verantwortlichen Schriftleiter von „Tag“, der „Deutschen Handelswacht“, der „Siegener Zeitung“ und der „Roten Fahne“, der am Montag vor der 10. kleinen Strafkammer beim Landgericht I stattfinden sollte, weil in den vier genannten Zeitungen behauptet worden war, daß die Deutsche Friedensgesellschaft ausländische Bestechungsgelder erhalten habe, ist vertagt worden.

Japans faschistische Mordgarde

GNB. London, 21. März 1932
Zwölf Mitglieder des „Bundes des Todes“, der für mehrere politische Mordtaten verantwortlich ist, befinden sich nach einer Meldung der „Times“ aus Tokio jetzt in Polizeigewahrsam. Sieben von ihnen sind Studenten und Mitglieder eines antikommunistischen Universitätsvereins. Der ebenfalls verhaftete Priester Inouye hat die Verantwortung auf sich genommen, indem er erklärte, er sei die treibende Kraft gewesen. Das Haus, in dem Inouye Zuflucht gesucht hatte, war Eigentum von Mitsuru Tayama, dem Führer eines extremen patriotischen Bundes. Welches Ansehen dieser Mann genießt, geht daraus hervor, daß die Polizei es nicht gewagt hatte, sein Haus zutreten, obwohl sie wußte, daß der gesuchte Priester sich darin befand. (Sollte da nicht eher ein Zusammenspiel zu vermuten sein? Red.)

Proletariat den geschichtlichen Beweis seiner künftigen Führerrolle erbrachte.

Dem nicht mit dem Herzen, mit dem Verstand und dem Intellekt gestalten wir unser Schicksal. Und dem Verstand die heutige Lage der Menschheit klarzulegen, ihr die klassen- und ausbeutungslose Gesellschaft von morgen zu zeigen, das sind Aufgaben, in denen genug des „ethischen Pathos“ enthalten ist, das Rathman am Marxismus unserer Tage vermißt.

Will man den Marxismus aber nach Rathmanns Rezept erneuern, ihm irrationale Teile anhängen, dann ist dies keine „Erneuerung“, sondern eine Verflüchtigung und Verfälschung des Marxismus, der Versuch, den Faschismus mit einem national aufgezputzten Marxismus zu bekämpfen, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben. Statt den Faschismus zu bekämpfen, bildet man durch diesen „Marxismus“ eine geistige Einheitsfront mit dem Faschismus!

Kleines Feuilleton

Revolution und Musik

Anläßlich der fünfzehnten Wiederkehr des russischen Revolutionstages veranstaltet das Sowjetkommissariat für Volksbildung einen großen musikalischen Wettbewerb, dem die Schaffung einer Symphonie zu Ehren der russischen Revolution zugrunde liegt.

Katzenellenbogen kommt vors Reichsgericht

Die Staatsanwaltschaft I hat gegen das am Sonnabend verkündete Urteil im Prozeß gegen Katzenellenbogen und Genossen in vollem Umfang Revision eingelegt. Die Revision soll vor allem der Nachprüfung des Urteils der Strafkammer dienen, so daß sich das Reichsgericht mit allen Transaktionen bei der Schultheiß-Patzenhofs-Brauerei A.-G. und deren rechtlicher Nachprüfung zu beschäftigen hat. Die Verteidigung der verurteilten Angeklagten Katzenellenbogen und Penzlin ist sich über die Annahme des Urteils oder über Einlegung einer Revision noch nicht schlüssig geworden. (Sie können sehr zufrieden sein und sollten fein still sein!)

Rußlands Naturschätze

Moskau, 21. März 1932

Die sowjetamtliche Telegraphenagentur verbreitet eine Aufstellung des Staatsplan Ausschusses über die Ergebnisse der geologischen Forschungen der Akademie der Wissenschaften. Danach verfügt Sowjetrußland an Bodenschätzen über 1 Billion Tonnen Kohle, 65 Milliarden Tonnen Torf, 37 Milliarden Tonnen Eisenerze, Hunderte Millionen Manganerz und ungezählte Millionen Tonnen Kupfer, Nickel usw. Die russischen Ströme können eine Energie von 65 Millionen PS liefern, während die Wälder einen Holzvorrat von 18 Milliarden Tonnen umfassen. Die Mitteilung hebt hervor, daß diese Ziffern, die anscheinend nur rohe Schätzungen darstellen, noch längst nicht alle jene unerschöpflichen Vorräte an Naturreichtümern enthalten, deren Erforschung zur Zeit energisch in Angriff genommen worden sei, als Voraussetzung zur Durchführung des zweiten Fünfjahresplans.

Rücktritt der chilenischen Regierung

Und Aufgabe des Goldstandards

Santiago de Chile, 21. März 1932

Die chilenische Regierung hat dem Präsidenten ihr Rücktrittsgesuch überreicht.

Die Regierung von Chile hat die Aufgabe des Goldstandards beschlossen mit der Begründung, der Peso müsse seinen eigenen Wert finden. Dies dürfte wahrscheinlich bei 50 vH. des Gegenwartswertes der Fall sein.

Der Beschluß der Regierung erlangt nach Billigung durch den Kongreß Gesetzeskraft.

Fette Erbschaft für den Faschismus

Lissabon, 20. März 1932

Der Privatsekretär Durkhardt des verstorbenen Kodak-Millionärs George Eastman ist in Lissabon eingetroffen. Von hier wird er nach Rom weiterfahren, um Mussolini den Betrag von 1 Million Dollar zu überreichen. Es handelt sich, wie „Diario Lisboa“ meldet, um eine Stiftung Eastmans zum Bau eines Hospitals für die jungfaschistischen Organisationen.

TARASSOFF-RODIONOFF
SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original angefertigt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Ramm.
Copyright by Franz Pleinert, Berlin-Wilmersdorf.

6. Fortsetzung.

Sudin betrachtet sie schweigend. Lohnt es sich, solche Heimpropaganda zu machen? Wenn schon darüber sprechen, dann sprechen wie früher, in einer dumpfen halbdunklen Kammer, vor schmutzigen Gesichtern, aufmerkamen Blicken, geöffneten Mäulern aufrechter, ernster Arbeiter, solcher wie er selbst; wie er es ehemals gewesen. Das waren verwandte Seelen, die mit ihrem Innern die Worte verstanden. Und wer ist das? Und er wirft einen verwunderten Blick auf das elegante zarte Weibchen, das eilig neben ihm gleitet im schneeweißen Weiß der Straßen. Walz' dunkle Augen ertrinken hinter den gesenkten Lidern. Nur die Lippen, geöffnete Knospen, zeigen Reihen wie Jasminblättchen glänzender Zähne. Sie ist ganz zärtliches Weibchen, lockend durch Wärme, die Walz im Pelzmantel, die Walz im Parfüm.

„Sie wollen nun wissen, wo unsere Hauptfeinde sind? Ich antworte Ihnen: in uns selbst!“

Er empfängt als Antwort eine kaum merkbare Frage des neckischen, sicheren Blicks ihrer schokoladenbraunen, streichelnden Augen.

„Ja, in uns selbst!“ ärgert sich Sudin, „in unserer inneren Hingezogenheit zu dem Alten, zum alten Alltag, zu den alten Lappen, alten Gewohnheiten. Da sind unsere Feinde! Wenn die Menschen es vermocht hätten, die Welt neu zu erblicken, würde die Welt sogleich neu und besser sein.“

„Sie sprechen wie aus dem Evangelium...“

An die Partei

Kampf um Preußen

Bereitet den roten Wahlkampf vor!

Unsere Genossen stehen jetzt zum ersten Mal vor der Aufgabe, alle Vorbereitungen für eine Parlamentswahl treffen zu müssen. Hierbei sind eine große Anzahl von Einzelheiten zu beachten, scheinbar bloße Formalien, trotzdem aber Bestimmungen, die genau einzuhalten sind, wenn nicht die ganze mühsame Agitations- und Werbearbeit durch einen kleinen Formfehler zunichte gemacht werden soll.

Es ist bekannt, daß nach dem neuen Landtagswahlgesetz auf je 50 000 für eine Liste abgegebene Wählerstimmen ein Mandat entfällt. Um die Reststimmen, die über je 50 000 Stimmen hinaus abgegeben werden, nicht zu verlieren, werden innerhalb eines Wahlkreisverbandes die Reststimmen der einzelnen Wahlkreise zusammengefaßt. Die Reststimmen werden aber nur dann berücksichtigt, wenn in einem Wahlkreis mindestens 25 000 Stimmen für die gleiche Liste aufgebracht werden. Die darüber hinaus verbleibenden Reststimmen werden auf Landtagswahlvorschlag verrechnet, doch können im ganzen auf Landesliste nicht mehr Abgeordnete gewählt werden, als in den einzelnen Wahlkreisen zusammen Abgeordnete aus der Wahl hervorgingen.

Unsere Genossen müssen demnach für die Sozialistische Arbeiterpartei einreichen:

1. Kreiswahlvorschläge,
2. Einen Landeswahlvorschlag.

Außerdem müssen sie eine Listenverbindung ihrer Wahlvorschläge innerhalb des Wahlkreisverbandes und eine Anschlußerklärung an den Landeswahlvorschlag beantragen.

Der letzte Termin für die Einreichung der Kreiswahlvorschläge ist der 7. April 1932, der letzte Termin für die Einreichung des Landeswahlvorschlags ist der 10. April 1932.

Bei der Einreichung der Wahlvorschläge sind eine ganze Reihe von Formalitäten genau zu beachten. Die Wahlvorschläge müssen enthalten:

1. Kennwort des Wahlvorschlags „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“
2. Vor- und Zuname, Beruf und genaue Adresse des Kandidaten,
3. Laufende Nummern (die Namen der Kandidaten müssen der Reihe nach, wie sie auf dem Wahlvorschlag erscheinen sollen, numeriert sein),
4. Ein Vertrauensmann des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter des Vertrauensmannes (diese beiden können die beiden ersten Kandidaten sein),
5. 500 Unterschriften von Wählern, mit Angabe von Vor- und Zuname, Beruf und Adresse,

Dem Wahlvorschlag müssen beigelegt werden:

1. Eigenhändiges schriftliches Einverständnis jedes einzelnen Kandidaten,
2. Beglaubigung der Wählbarkeit der Kandidaten durch die Gemeindebehörde

3. Bescheinigung des Wahlamtes, daß die 500 Unterstützer des Wahlvorschlags in die Wählerliste eingetragen sind.

Die Anträge auf Listenverbindung unserer Kreiswahlvorschläge innerhalb des Wahlkreisverbandes müssen einheitlichen Wortlaut haben. Der Wortlaut für die SAP lautet:

„An den Verbandswahlleiter des Wahlkreisverbandes . . . (genaue Adresse). Als Vertrauensperson des Kreiswahlvorschlags der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Kennwort: „Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands“ für den Wahlkreis . . . beantrage ich Listenverbindung mit den anderen Kreiswahlvorschlägen der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Kennwort: „Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands“ innerhalb des Wahlkreisverbandes . . .“

Diese Anträge müssen bis spätestens 12. April beim Verbandswahlleiter eingereicht sein.

Die Vertrauensleute der Kreiswahlvorschläge und ihre Stellvertreter müssen bis spätestens 16. April beim Kreiswahlleiter Antrag auf Anschlußerklärung an den Landeswahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands stellen. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

„An den Kreiswahlleiter des Wahl-

Termin 1932	Welcher Erklärung	Bei welcher Stelle
31. 3.	Einreichung der Kreiswahlvorschläge	Kreiswahlleiter
2. 4.	Einreichung des Landeswahlvorschlags	Landeswahlleiter
4. 4.	Einreichung der Verbindungserklärungen durch die Vertrauenspersonen	Verbandswahlleiter
8. 4.	Abgabe der Anschlußklärung durch die Vertrauenspersonen der Kreiswahlvorschläge	Kreiswahlleiter

kreises Als Vertrauensperson des Kreiswahlvorschlags der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Kennwort: „Sozialistische Arbeiter-Partei Deutsch-

lands“ für den Wahlkreis beantrage ich Anschlußklärung an den Landeswahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.“

Alle diese Formalitäten müssen mit äußerster Genauigkeit erfüllt werden.

Vor allem dürfen keine Termine versäumt werden!

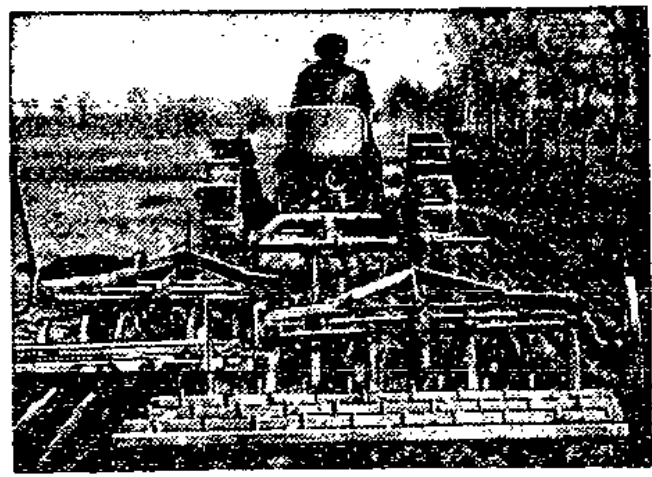
Damit etwaige Fehler noch rechtzeitig berichtigt werden können, ist es ratsam, je acht Tage vor dem festgesetzten Termin die betreffenden Schriftstücke einzureichen. Wenn irgend möglich, überliefert man die Anträge und Wahlvorschläge den Wahlleitern persönlich. Dann kann gleich an Ort und Stelle die Richtigkeit nachgeprüft werden, dann ist die Sicherheit gegeben, daß alles in Ordnung ist. Werden die betreffenden Schriftstücke durch die Post übermittelt, so schiebt man sie „per Einschreiben“.

Zuerst müssen also jetzt die Kandidaten aufgefordert werden, ihre schriftliche Einverständniserklärung und die Beglaubigung ihrer Wählbarkeit an unsere Genossen abzuliefern. Außerdem müssen sofort die Listen mit den 500 Unterschriften hergestellt werden. Nur dann können die Termine eingehalten werden, die wir auf nachstehendem Termin-Kalender so eingesetzt haben, wie sie nach unserer Meinung von unseren Genossen wahrgenommen werden müssen.

Das alles muß genau erfüllt sein, dann mit ganzer Kraft hinaus in die Agitationsarbeit, damit die Landtagswahlen ein voller Erfolg für die Partei werden!

Bauern und Arbeiter müssen für den proletarischen Kampf gewonnen werden!

Zur Aufklärung der Landarbeiter braucht ihr eine gute revolutionäre Arbeiterpresse! Schafft sie! In jede Hand einen Gutschein für den Pressefonds der SAZI!



„Das Evangelium hat damit gar nichts zu tun! Wir erwarten keine Hilfe vom Himmel. Wir sind uns selbst Götter!“

Seine Worte peitschen wie Hiebe etwas Zerbrechliches, Zartes und Liebes, Sudin gelüftet es qualvoll, immer stärker und stärker zu peitschen, zu peitschen durch scharfe, unbeugsame Worte . . .

„Sie ärgern sich?“ sagt sie weich, gehorsam. Und Sudin fühlt eine kurze Berührung ihres weichen Händchens an seiner kalten Hand.

„Warum ärgern Sie sich, Alexej Iwanowitsch? Wenn ich auch dumme und unaufgeklärt bin . . . deshalb frage ich Sie ja . . .“ Sudin schämt sich. Was wettet er wirklich? Wie dumm! An wem rächt er sich? Gegen wen wütet er?“

Sudin fühlt, wie tief in seinem Innern ein unaßbares Gefühl heiß zu glimmen beginnt. Und gleichzeitig überkommt ihn eine qualende Scham über sich selbst und über dieses Gefühl; er fühlt sich befangen vor den Menschen, denen er begegnet und die ihn betrachten, wie er im Schnee, in den dämmern Straßen schreitet neben der ängstlich auf den Zehen gleitenden Frau, neben Walz im Pelzmantel, Walz im Parfüm.

Dann sollte ich eben von Anfang an nicht mit ihr zusammen von der Demonstration zurückkehren. Aber ich ging gerne. Jetzt kommt als Vorurteil die falsche Scham, höhnt Sudin über sich selbst.

„Mir schien,“ sagt Walz, „in Ihren Worten sei der gleiche Gedanke von der Vollkommenheit des menschlichen Wesens wie im Evangelium: der Feind in uns. Wie soll man dann die Vollkommenheit erreichen?“

Gar kein dummes Frauentum: trifft direkt den Kern, wundert sich Sudin.

„Die Vollkommenheit werden wir nur in der neuen Gesellschaftsordnung erreichen, wenn wir das Joch der Sklaverei und die Ausbeutung der Herren Kapitalisten vernichtet haben werden.“

„Nun, und inzwischen?“

„Was inzwischen?“

„Was soll inzwischen mit unserem inneren Feinde werden?“

„Wir haben ihn in uns bekämpft, und in wem er noch sitzt, aus dem werden wir ihn schon hinausjagen.“ Nervös zerknüllt Sudin mit geballten Fäusten die Luft.

Walz schweigt in Gedanken. „Ich glaube an diese Möglichkeit nicht!“ sagt sie dann scharf mit einer widerspenstigen Kopfbewegung.

„Wenn alle Menschen, Alexej Iwanowitsch, einander offen und ehrlich die Wahrheit in die Augen sagen würden, hätten sie sich längst gestanden, daß dieses intime Gefühl der Eigenliebe, der Neigung zu verschiedenen . . . sagen wir, bequemeren Gewohnheiten, die wir als Erbe von Tausenden von Generationen übernommen haben, kurz, diese ganze liebe Kultur, der Komfort, den Sie so verachten — machen Sie keine verneinende Kopfbewegung, ich fühle, daß Sie ihn verachten —, daß das alles ein Teil von uns selbst ist, ein Teil unseres Körpers, und dies zu töten, nein, das ist unmöglich! Und darum — sie blieb sogar stehen und warf den Strahl ihres Blickes bis auf den Grund seiner Augen — „verbeuge ich mich vor Ihnen, vor Ihrer heiligen Höhe, aber ich glaube an Ihren Kommunismus nicht, nein, ich glaube nicht.“

Ihr Blick senkte sich langsam zum Trottoir hinab.

„Gestehen Sie sich denn selbst niemals, in keinem Augenblick, daß auch in Ihnen Ihre persönlichen, Ihre eigenen Interessen leben, persönliche Ansprüche, persönliche Vorurteile? Und machen denn nicht gerade die das Leben so schön? Mir würde ein Mensch leid tun, der das alles nicht hätte. Es wäre so etwas wie eine leere Hülle: eine Schale ohne Kern. Und dieser Kern ist ja das Heiligste im Menschen: bei mir, und bei Ihnen . . . Nun zum Beispiel, Ihre Familie“, in ihrer Stimme erklang ein kalter Ton:

„Ihre Frau, Elisaweta Wassiljewna, eine

liebenswerte Frau, Ihre Kinder. . . sind das nicht Ihre engpersönlichen Beziehungen, und kann es denn überhaupt anders sein? Dieses Privateigentum ist in unserm Innern viel fester, als es uns erscheint, aber es gilt aus irgendwelchem Grunde für eine Schande, dieses zu gestehen. Sie werden mir doch kaum versichern wollen, daß es Sie nicht berührt hätte, wenn der erste beste Hooligan versucht hätte, Ihre Persiansermütze gegen eine schmutzige einzutauschen?“

„Das Privateigentum auf Gebrauchsgegenstände lehnen wir nicht ab“, erwiderte Sudin verlegen, und es wurde ihm peinlich, daß Walz den Namen seiner Frau erwähnt hatte. Unangenehm erfüllte sein Herz der schon tausendmal durchdachte Gedanke: warum nur befreunden sich Frauen so schnell? Seine Lisa und diese Walz, was gibt es zwischen ihnen Gemeinsames? Aber seitdem die Walz ihm einmal Dienstpapiere in die Wohnung gebracht hat, kommt sie, wenn er nicht zu Hause ist, häufiger abends zu Lisa. Was zieht sie zu Lisa? Und auch Lisa ist ganz verändert: irgendeine fremde Saite klingt immer öfter und öfter in ihren Gedanken auf. Und Walz? Da geht sie neben ihm, blühend, im flauschigen Mantel, in dünnen, durchbrochenen Strümpfen, in einem Duft, der ihn so anzieht. . . Und es wird ihm wieder ungemütlich, daß er sich mit ihr sehen läßt. Bald wird er die Treppe zu seinem Arbeitszimmer hinaufgehen müssen unter Dutzenden aufmerkamer Augen, die so höflich schmeichelnd entgegenblicken und so listig spöttelnd hinterrücks sind. Unweigerlich wird man über sie beide klatschen . . .

Und hier ist schon die bekannte graue Ecke der menschenleeren gefürchteten Straße. Ein Posten. Am Tore ein zweiter . . . Sudin verzieht das Gesicht. Uebrigens — o Glück — vor dem Hause ein Auto!

„Elena Walentinowna, bestellen Sie oben, daß ich auf einen Moment nach Hause gefahren sei: nur Mittag essen und zurück . . .“